contraste
zeitungfürselbstorganisation
492 42. JG. 5'20 EURO SEPTEMBER 2025 www.contraste.org

NACHRICHTEN
»Wir alle sind Peršman«: Polizeirazzia in einem Gedenkmuseum für NS-Opfer sorgt für Protest. 3

PROJEKTE
Gemeinschaftsgetragen: Lässt sich das Solawi-Prinzip auf die Gastronomie-Branche übertragen? 4

THEORIE
Anarchistische Grundbegriffe: Wie können wir uns das Ziel »Selbstbestimmung« wieder aneignen? 8

BIOTONNE
Im Landkreis Verden entsteht ein Ort für ökologisches Gärtnern und alternative Lebensmodelle. 13

Genossenschaftliche Gaststätten

▲ Thekenteam der Genossenschaft Gaststätte Jäger eG beim gemeinsamen Ausflug (2022, siehe Beitrag auf Seite 10) Foto: Andreas Döhl

In vielen Dörfern ist der letzte Laden geschlossen, die Sparkasse weggezogen, der Bus fährt nur noch selten - und die Kneipe ist längst Geschichte. Wo sich wirtschaftliche Interessen zurückziehen, steht nicht weniger als die soziale Infrastruktur auf dem Spiel. Besonders im ländlichen Raum geraten zentrale Orte des Austauschs, der Versorgung und der Gemeinschaft zunehmend unter Druck. Dabei braucht es Räume, in denen Menschen zusammenkommen, sich begegnen und das Leben vor Ort gestalten können.

JOSCHKA MOLDENHAUER, KÖLN UND BURGHARD FLIEGER, REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Immer häufiger greifen Bürger*innen deshalb selbst ein – mit einem Instrument, das sich bewährt: der Genossenschaft. Ob Dorfladen, Arztpraxis, Gasthaus oder Nahwärmenetz – Infrastrukturgenossenschaften entstehen dort, wo öffentliche oder privatwirtschaftliche Angebote fehlen und Menschen gemeinsam Verantwortung übernehmen wollen. Sie entlasten klamme Kommunen, sichern Versorgung und schaffen Räume für Teilhabe.

Ein besonders anschauliches Beispiel sind genossenschaftlich geführte Gaststätten. Denn sie sind weit mehr als nur gastronomische Betriebe: soziale Knotenpunkte, Orte der Begegnung, kulturelle Plattformen – und oft das letzte Wohnzimmer der Gemeinschaft. Doch genau diese Orte verschwinden rasant. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Zahl der Kneipen in Deutschland mehr als halbiert, auch Restaurants sind stark rückläufig.

Gleichzeitig wächst das Interesse an alternativen Betriebsformen. Eine Befragung unter Gründer*innen zeigt: Die Rechtsform der Genossenschaft eignet sich besonders, um gefährdete Gaststätten gemeinschaftlich zu retten und demokratisch weiterzuentwickeln. Diese Ausgabe von CONTRASTE liefert einen fundierten Überblick über die Lage, beleuchtet Motive und Herausforderungen – und zeigt, wie Teilhabe und Gemeinschaft in der Praxis entstehen.

Wie das konkret aussieht, zeigen mehrere Porträts. Zum Beispiel die Genossenschaft Gaststätte Jäger eG in Hülsenbusch: Als 2012 die letzte Kneipe im Ort vor dem Aus stand, griffen zwei engagierte Bewohner beherzt ein. Was mit einer Idee bei einem Bier begann, wurde zum Zentrum des Dorflebens – und zum bundesweiten Vorbild. In Neukirchen-Merzbach wurde die Dorfschänke Alt Merzbach eG gegründet und so die Dorfschänke gerettet, ganz nach dem Motto »Miteinander – Füreinander«. Mit Hilfe von viel ehrenamtlicher Unterstützung wurde hier ein Ort für alle erhalten bzw. geschaffen. Die Trink-Genossin in Köln Ehrenfeld wurde initiiert als Experimentierraum für Demokratie zum Mitmachen und versucht, über verschiedene Formate politische Prinzipien greifbar und zugänglich zu machen. In seinem Dokumentarfilm »Fanni – Oder: Wie rettet man ein Wirtshaus?« hat der Filmemacher Hubert Neufeld über drei Jahre die Wiederbelebung einer leerstehenden Dorfwirtschaft begleitet. Im Gespräch mit CONTRASTE berichtet er über Herausforderungen, Erkenntnisse und die gesellschaftliche Bedeutung solcher Orte. Auch in Eberswalde steht eine genossenschaftlich geführte Kneipe für Aufbruch: Das Kiez-Eck ist ein barrierefreier Ort für Begegnung, Kultur und gelebte Solidarität. Getragen wird es von der Genossenschaft »Die Kiez-Genoss:innen eG«, gegründet mit dem Ziel, soziale Teilhabe und Vielfalt im Alltag zu ermöglichen. Denn wo der Markt geht, bleibt nicht Leere. Es bleibt die Möglichkeit, gemeinsam neu anzufangen.

Schwerpunkt auf den Seiten 9 bis 12

RHEINMETALL ENTWAFFNEN, KÖLN

Gericht kippt Verbot von Protestcamp

Unter dem Motto »Mach was wirklich zählt! Rheinmetall entwaffnen« findet vom 26. bis 31. August in Köln das diesjährige antimilitaristische Protestcamp wie geplant statt. Rund 500 Teilnehmer*innen werden erwartet. Die Polizei hatte im Vorhinein versucht, das Camp zu verbieten. Das Oberlandesgericht Münster kippte das Verbot jedoch wenige Tage vor Beginn der Veranstaltungen.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Wegen angeblicher »Unfriedlichkeit« hatte die Kölner Polizei eine Verbotsverfügung gegen das Protestcamp sowie die geplante Großdemonstration am 30. August erlassen. Als Begründung wurden unter anderem vergleichbare Camps in Kassel und Kiel angeführt, bei denen es zu rechtswidrigen Blockaden, Sachbeschädigungen und Widerstand gegen Polizeibeamte gekommen sei.

»Angesichts der Gewalt, die Aufrüstung und Eskalation von Kriegen mit sich bringen, gegen die wir immer wieder protestiert haben, ist der Vorwurf der ›Unfriedlichkeit‹ geradezu absurd. Wir geben einer antimilitaristischen Perspektive einen Raum, den sie in so einem Klima der Aufrüstung dringend braucht«, sagte Jonah Fischer vom antimilitaristischen Bündnis. »Wir haben seit dem Verbot viel Solidarität und breite Unterstützung aus der Zivilgesellschaft erhalten. Das macht uns Mut und zeigt uns, dass nicht nur wir in diesen Zeiten unseren Protest für notwendig und legitim halten.« So demonstrierten unter anderem am Samstag, 23. August, 300 Menschen in der Kölner Innenstadt.

Auch Rechtsanwalt Nils Spörkel kritisierte das Vorgehen der Behörden: »Das Verbot des Camps entbehrt einer ernsthaften, durch Tatsachen gedeckten Grundlage und ist ein Zeichen der aktuellen Erosion der Grundrechte, der es deutlich entgegenzuhalten gilt.« Spörkel reichte im Auftrag der Organisator*innen Eilklage gegen das Verbot ein. Während das Verwaltungsgericht Köln den Eilantrag ablehnte, hob das Oberlandesgericht Münster das Verbot in einer unanfechtbaren Entscheidung schlussendlich auf. Von den Veranstaltungen gehe demnach keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus.

Die gesamte Woche über wird es ein Kultur- und Bildungsprogramm am Fuß des Fernsehturms Colonius geben, außerdem viele unterschiedliche Aktionen, die Protest gegen die aktuelle Politik der Militarisierung ausdrücken sollen. Die Aktionswoche wird mit einer großen Antimilitär-Parade am 30. August abgerundet, die die Möglichkeit einer Beteiligung auch für Menschen bietet, denen eine Teilnahme am Camp unter der Woche zeitlich nicht möglich ist.

Link: rheinmetallentwaffnen.noblogs.org

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
RAZZIA IM PERŠMANHOF, ÖSTERREICH
STUTTGART21: BÜRGERBEGEHREN

PROJEKTE SEITE 4
GEMEINSCHAFTSGETRAGENE GASTRONOMIE
AG BERATUNG

PROJEKTE SEITE 5
KLEINESCHHOLZ, FREIBURG
LOS GEHT'S 2025

BEWEGUNG SEITE 6
»DENKEN.FÜHLEN.HANDELN«

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 7
MIRAPHONE EG, WALDKRAIBURG
PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN

THEORIE SEITE 8
SELBSTBESTIMMUNG ALS ETHISCHER WERT

SCHWERPUNKT SEITE 9
INFRASTRUKTURGENOSSENSCHAFTEN
GENOSSENSCHAFTLICHE GASTSTÄTTEN

SEITE 10
DORFSCHÄNKE ALT MERZBACH EG
GASTSTÄTTE JÄGER EG

SEITE 11
TRINK—GENOSSE EG, KÖLN
INTERVIEW ZUM FILM »FANNI«

SEITE 12
KIEZ-ECK, EBERSWALDE
ÜBERBLICK GASTHAUSGENOSSENSCHAFTEN

BIOTONNE SEITE 13
GÄRTNEREI WESERWUCHS
KLIMAKRISE UND HITZE

KUNST & KULTUR SEITE 14
MIGRANTISCHE COMMUNITIES NACH 1989
BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

REZENSIONEN SEITE 15
WILHELM WEHNER
ARBEITEN
WELTGESCHICHTE DER QUEERNESS
DURCHLÖCHERT DEN STATUS QUO
WOHER WIR KOMMEN

TERMINE, KLEINANZEIGEN SEITE 16
IMPRESSUM

contraste-Newsletter

Du willst regelmäßig Infos aus unserer Redaktion? Kein Problem. Trag dich einfach in unseren Newsletter ein und wir informieren dich jeden Monat über aktuelle Themen, Abo-Aktionen und Neuigkeiten aus der Redaktion.

www.contraste.org/newsletter

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **52 Euro** jährlich
(**58 Euro** bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **65 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **con**traste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

CONTRASTE-SOMMERPLENUM

▲ V.l.n.r.: Andrea, Peter, Brigitte, Regine, Jonna, Eddie, Kai, Ariane, Thiemo, Heinz, Eva, Hans Foto: Hubi Cramer

IN DER WANDELSWELT

CONTRASTE-REDAKTION KÖLN

Andrea Vetter begrüßte uns herzlich im Projekt »Haus des Wandels« im brandenburgischen Heinersdorf nahe Fürstenwalde. In dem Gebäude der ehemaligen Betriebsberufsschule für Landwirtschaft hat sich bereits sehr viel gewandelt. Eine Lebensgemeinschaft hat es nach und nach im Sinne des Commoning gestaltet. Es entstanden dort Räume für Dorfinitiativen wie Bibliothek und Töpferwerkstatt, das Kollektiv »Hera Skate« gestaltet eine Skate-Halle. An den Wochenenden betreibt Eddie – aus Michigan kommend –, einen »Sonnenkiosk« für die Gäste des nahegelegenen Tierparks und Sees. Zum letzten Halloween verwandelte sich die Eingangshalle zum schrecklichen »House of Money«.

Im Tagungsbereich konnten wir vom 28. bis 30. Juni angenehm plenieren. Neu dabei waren Jonna aus Ratzeburg und Thiemo aus Münster. Beide verstärken nun die CONTRASTE-Redaktion. Unsere Redakteurin Brigitte hat es in den Süden gezogen. Sie berichtet nun aus Orvieto im italienischen Umbrien. Zudem vertreten waren die Redaktionen Göttingen, Kassel, Klagenfurt, Köln und Stuttgart sowie unser langjähriger Leser Hubi aus Mannheim.

Für die kommenden Monate planten wir die Schwerpunkte, unter anderem zur Geschichte des Pazifismus, KlimaCoops und Stadtteil-Gewerkschaften. In der Mitgliederversammlung des CONTRASTE-Vereins wurde eine ordnungsgemäße Geschäftsführung wie auch der Vorstand bestätigt. Am Montagnachmittag fanden wir zu einem gemeinsamen Austausch mit Andrea und Matthias vom Oya-Redaktionskreis zusammen. Ihren Commonie-Brief wollen wir weiterhin unserem Blatt als Bereicherung beilegen.

Auch in unserer Redaktion steht ein Wandel an: Unsere geschätzte Redakteurin Regine möchte neue Wege gehen. Nun suchen wir eine neue Heft-Koordination. Vielleicht können wir schon bald Positives dazu berichten. Im Winter plenieren wir online am 30. und 31. Januar. Dazu laden wir euch wieder herzlich ein.

S wie Selbstorganisation, S wie Solawi

Solidarische Landwirtschaft und Selbstorganisation gehören zusammen wie Saat und Ernte. Ohne Selbstorganisation gäbe es nicht so viele erfolgreiche Solawi-Initiativen, die vor Ort die Ernährungswende bereits umsetzen und regionale, nachhaltige und faire Nahrungsmittel produzieren.

CONTRASTE berichtet regelmäßig über das bemerkenswerte Engagement von Solawis, sowohl über lokale Projekte als auch über bundesweite Strukturen und aktuelle Debatten in der Bewegung.

Um den Solawi-September 2025 zu unterstützen, verschenkt CONTRASTE jeweils ein befristetes Jahresabo an die ersten fünf Menschen, die im September Mitglied im Solawi-Netzwerk werden. So könnt ihr ein Jahr kostenlos die Solawi-Berichterstattung in der CONTRASTE verfolgen und darüber hinaus noch viele weitere Projekte und Aspekte von Selbstorganisation kennenlernen. Das Abo endet nach einem Jahr automatisch – natürlich mit der Option auf eine Verlängerung, wenn ihr auf den Geschmack gekommen seid!

Alle weiteren Infos zum Solawi-Netzwerk und zur Kampagne #SolawiSeptember2025 unter:
www.solidarische-landwirtschaft.org

AKTION 2025

2.300 Euro braucht es noch

Liebe Leser*innen,

etliche hundert Euro sind seit der letzten Ausgabe für unsere Aktion 2025 eingegangen, auf Heller und Pfennig 688 Euro. Vielen Dank. Unser Spendenziel zum Weitermachen beträgt 7.000 Euro bis Mitte Oktober. Eingegangen sind nun insgesamt 4.702,67 Euro. Da braucht es noch einen Endspurt von 2.300 Euro. Wer hat da noch was im Nähkästchen, vielleicht sogar einige größere Scheine? Das wäre toll, wenn wir unser authentisches Zeitungsprojekt für gute Wandelsnachrichten fortsetzen könnten, zumal wir gerade unsere Redaktion verstärken konnten. Und um so mehr Wandel von unten braucht es, je unverschämter die Bereicherung der Superreichen fortschreitet samt ihrer Einflussnahme in die Politik. Dagegen steht das Konzept der Aneignung von Ressourcen und Kompetenzen samt Vernetzung der vielen Initiativen und Projekte. Dass deren Stimme gehört wird, dass ihr Tun bekannter wird und zu Neuem anregt, dazu trägt die CONTASTE Monat für Monat bei.

Gleich 18 Schnupperabos wurden bestellt, um die CONTRASTE zu »testen«. Das freut uns. Ebenso vier neue Abos, eines davon ein umgewandeltes Probeabo. Ein Abonnent wurde zum Fördermitglied. Der Mitgliedsbeitrag kann übrigens von der Steuer abgesetzt werden. Dem stehen vier Abo-Kündigungen und vier Beendigungen von Förderungen entgegen. Darunter waren zwei Sterbefälle.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung. Schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an: **abos@contraste.org.**

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

Udo Blum	200,00
B.J.	100,00
L.C.+L.M.	8,00
D.G.	200,00
S.R.	100,00
S.J.	50,00
S.M.	30,00

IN DIESER AUSGABE WURDEN DIE FARBSEITEN 10 BIS 12 EXTERN FINANZIERT.

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch 2.297,38 Euro.

Spendenticker »Aktion 2025«

67 % finanziert **4.702,62** Euro Spenden **2.297,38** Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE **CONTRASTE E.V.** **IBAN DE41 5519 0000 0231 7600 18** **BIC MVBMDE55**

ÖSTERREICH: POLIZEIRAZZIA IN GEDENKMUSEUM FÜR NS-OPFER

Mi vsi smo Peršman – Wir alle sind Peršman

Österreichs südlichstes Bundesland, Kärnten/Koroska, hat eine lange – aber größtenteils unerzählte – Geschichte des Widerstands der slowenischsprachigen Minderheit gegen das NS-Regime und rechtsextremes Gedankengut, das in einigen Teilen der Bevölkerung immer noch als salonfähig gilt. Ein überbordender Großeinsatz der Polizei gegen ein selbstorganisiertes, antifaschistisches Jugendcamp am Peršmanhof (ein Museum und Gedenkort) ist Symbol eines seit Jahrzehnten schwelenden Kulturkampfes um Anerkennung, Sichtbarkeit und Deutungsmacht.

BETTINA PIRKER, KLAGENFURT/CELOVEC

▲ Die Demonstrierenden in Klagenfurt fordern nach dem Polizeieinsatz auf dem Peršmanhof nicht nur Aufklärung, sondern auch eine Entschuldigung und Konsequenzen. Foto: Bettina Pirker

Der Peršmanhof, ein alter Bergbauernhof inmitten ländlicher Idylle in der Nähe von Železna Kapla/Bad Eisenkappel im zweisprachigen Gebiet, ist derzeit in Österreich und seinen Nachbarländern in aller Munde, in den sozialen Medien wurde #Peršman zum Hashtag. Auslöser dafür ist ein Polizeieinsatz mit Sondereinheit, Staatsschutz, Beamt*innen des Bundesamts für Asyl und Fremdenwesen, Hundestaffel, Drohnen und Hubschrauber mit der Begründung, dass es Verstöße gegen das Camping- und Naturschutzgesetz sowie gegen den Anstand und die guten Sitten gäbe. Dass es sich dabei wohl eher um einen Vorwand handelt, um selbstorganisiertes, antifaschistisches Lernen und Gedenken zu kriminalisieren, erscheint vielen linken Aktivist*innen naheliegend.

Zur Zeit des Nationalsozialismus, als aus diesem Gebiet viele Menschen aus der slowenischsprachigen Minderheit deportiert wurden, war der Peršmanhof im Besitz der kärntnerslowenischen Familie Sadovnik und ein wichtiger Stützpunkt der Widerstandsbewegung. Kurz vor dem Ende des zweiten Weltkriegs, am 25. April 1945, stürmte das SS- und Polizeiregiment 13 den Hof und richtete ein Massaker an, bei dem elf Angehörige der Familien Sadovnik und Kogoj – Frauen, Männer und Kinder – getötet wurden. Heute ist der Peršmanhof ein Museum und eine Gedenkstätte, wo der Widerstand der Kärntner Slowen*innen und die Kriegsverbrechen an der kärntnerslowenischen Bevölkerung historisch aufgearbeitet werden und der Opfer gedacht wird.

Betreut und getragen wird dieser Lern- und Erinnerungsort selbstorganisiert von einem kleinen Verein im Ehrenamt. Besucher*innen kommen aus dem In- und Ausland, um sich zu informieren, zu recherchieren und zu gedenken. Bereits in den 1970er-Jahren veranstalteten Jugendgruppen am Peršmanhof Sommercamps, bei denen sie sich über mehrere Tage gemeinsam mit der Geschichte des Ortes beschäftigten mit dem Ziel, nicht nur über die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft zu lernen.

Auch im Sommer 2025 fand ein antifaschistisches Jugendcamp am Peršmanhof, organisiert vom Klub »slovenskih študentk*študentov na Dunaju«/Klub slowenischer Student*innen in Wien, unterstützt von den Betreiber*innen des Museums statt. »Direkt am Hof in Zelten zu übernachten, schafft Verbundenheit und die Möglichkeit, sich sehr intensiv mit dem Ort zu beschäftigen«, betont Meta Vouk, eine der Organisator*innen. Hinzu kommt, dass diese Form der Übernachtung sehr kostengünstig ist und so niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen wird. Eben dieses Sommercamp, an dem auch zahlreiche Nachfahren der slowenischen Opfer des Nationalsozialismus teilnahmen, wurde zum Ziel des Polizei-Großeinsatzes. Schwere Stiefel, die durch die Räume gehen, Waffen und lautes Gebrüll an einem Ort, an dem vor genau 80 Jahren ein Massaker der Polizei angerichtet wurde, sorgte nicht nur bei den Anwesenden für Traumatisierungen, sondern bei den Nachkommen der deportierten, misshandelten, getöteten Kärntner Slowen*innen und im ganzen Land.

Wer diesen Polizeieinsatz, inklusive Hausdurchsuchung ohne Durchsuchungsbefehl, veranlasst hat, ist bis heute noch nicht geklärt. Klar ist jedoch, dass heute niemand mehr schweigt, sondern eine lückenlose Aufklärung und Konsequenzen für die Verantwortlichen einhellig von den Betroffenen, vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen und hunderten Menschen auf Demonstrationen in Klagenfurt, Linz und Wien gefordert wird. Eine vom österreichischen Innenministerium zusammengestellte Gruppe soll bis Mitte September Antworten liefern, heißt es von den zuständigen Stellen.

Der Peršmanhof ist zu einer symbolischen Kampfzone geworden, zwischen solidarischen und demokratischen Kräften und jenen, die weder Demokratie noch Menschenrechte als Grundlagen unserer Gesellschaft anerkennen wollen und Antifaschismus für unanständig halten. Bei #Peršman geht es also um viel mehr als um die Aufarbeitung eines unangemessenen Polizeieinsatzes: Es geht um einen Kulturkampf zwischen ewiggestrigen Geschichtsrevisionisten und jenen, die sich um eine historisch korrekte Aufarbeitung der Vergangenheit und zukunftsorientierte Gedenkkultur bemühen. Ein antifaschistisches Camp an einer NS-Gedenkstätte verletze den Anstand, hieß es von den Einsatzkräften der Polizei. Das Gegenteil ist der Fall: Antifaschismus muss in unserer Gesellschaft eine selbstverständliche Haltung und ein Auftrag für die Zukunft sein.

STUTTGART21: BÜRGERBEGEHREN GEGEN BEBAUUNGSPLAN

Demokratische Stadtentwicklung statt Bahn-Chaos

Die negativen Schlagzeilen reißen für die Deutsche Bahn nicht ab – insbesondere im Südwesten. Nachdem der Eröffnungstermin für Stuttgart21 erneut verschoben werden musste, bescherte ein Richterspruch dem Unternehmen die Übernahme von sieben Milliarden Euro Mehrkosten. Der chaotisch verlaufenden Projektplanung will nun ein breites Bündnis mit einem Bürgerbegehren einen Riegel vorschieben.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Das Debakel hatte sich bereits im Frühjahr abgezeichnet, als immer deutlicher wurde, dass die für Dezember 2026 vollmundig angekündigte Eröffnung des Bahnprojekts Stuttgart21 nicht zu halten sein würde. Mitte Juli dann das Eingeständnis nach dem sogenannten Lenkungskreis, an dem Vertreter*innen der Deutschen Bahn (DB) und der Projektpartner Land Baden-Württemberg, Stadt und Region Stuttgart sowie des Flughafens teilnahmen: DB-Infrastrukturvorstand Berthold Huber verkündete die Verschiebung um ein weiteres Jahr, was dann acht Jahre Verspätung ergeben würde im Vergleich zur Ansage bei Baubeginn.

Dass Ankündigungen der DB insbesondere im Baustellen-geplagten Stuttgart häufig nicht viel mit der Realität zu tun haben, kommentierte die alternative Kontext-Wochenzeitung süffisant damit, dass die DB-Pressekonferenzen zuweilen »Züge eines Orakels« hätten, bei der »weissagende Priester ihre prophetischen Verlautbarungen gerne in rätselhafte Worte kleiden« würden, nach denen es »viel Raum für Fehlinterpretationen« gebe.

An der 769. Montagsdemo wurde der ortskundige Buchautor und Filmregisseur Klaus Gietinger deutlicher, indem er seinen aktuellen Stuttgart21-Faktencheck vorstellte, dabei zwölf Falschaussagen der DB aufzählte und Huber als »Märchenonkel« bezeichnete: Gietingers Fazit: »Huber ist komplett ungeeignet als Bahnchef, er zerstört nicht nur den Stuttgarter Kopfbahnhof, den ÖPNV in der Stadt, er zerstört auch die Gäubahn«, die internationale Bahnverbindung nach Zürich und weiter nach Mailand.

Nur wenige Tage nach dem erwähnten Lenkungskreis folgte die nächste negative Schlagzeile: Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg entschied endgültig, dass die Bahn die Mehrkosten von mindestens sieben Milliarden Euro für Stuttgart21 allein tragen muss.

Währenddessen wollte der Stuttgarter Gemeinderat Fakten schaffen und beschloss mehrheitlich einen Bebauungsplan für ein hinter dem jetzigen Kopfbahnhof liegendes Areal, das gemäß den DB-Plänen nach der Stuttgart21-Eröffnung frei werden soll.

Doch dagegen regte sich Widerstand bei der Fraktion aus der Wähler*innengruppe SÖS und der Linken sowie bei Umweltverbänden. Unter dem Slogan »Mehr Bahnhof = mehr Zukunft« starteten sie ein Bürgerbegehren, mit dem der Bebauungsplan-Beschluss aufgehoben werden soll. Denn er sei »übereilt, weil nach wie vor die Leistungsfähigkeit und Störanfälligkeit des neuen, noch nicht eröffneten Tiefbahnhofs kontrovers diskutiert« werde. Insbesondere müsse die optimale Anbindung der Gäubahn erhalten bleiben. Die Unterschriftensammlung läuft bis zum 10. Oktober.

Links:
https://bahnhofmitzukunft.de
www.kopfbahnhof-21.de

MELDUNGEN

Ernährungswende feiern

Solidarische Landwirtschaften produzieren regional, nachhaltig und fair. Während die Zahl der reinen Gemüsebaubetriebe in Deutschland schrumpft, steigt die Zahl der Solawis stetig! Aktuell gibt es rund 600 Gründungs-Initiativen und langjährige Solawi-Betriebe. Die Forschung bestätigt: Solawi funktioniert und ist krisenfest, auch für große Vollversorger-Höfe.

Im September 2025 feiern Solawis sich mit vielen lokalen Aktionen und zeigen, was im Solawi-Prinzip steckt! Von der Haselnuss-Ernte-Aktion über KÜFAs (Küche für alle) bis hin zum Hofkino am Lagerfeuer laden Solawis herzlich zum Besuch ein. Der Solawi-September findet in 2025 erstmalig statt.

Alle Infos und Termine unter:
https://kurzlinks.de/g7zj

CONTRASTE verschenkt jeweils ein befristetes Jahresabo an die ersten fünf Menschen, die im September Mitglied im Solawi-Netzwerk werden (siehe auch Seite 2).

Gedenk-Adbusting

Foto: Public Domain

Aktivist*innen aus der Werkstatt für Antifaschistische Aktionen (w2a) kaperten im Juli eine Werbevitrine am Berliner Hauptbahnhof, um an den kürzlich verstorbenen Pazifisten Rudi Friedrich zu erinnern. Friedrich war Gründer und Geschäftsführer des Vereins »Connection« und hatte zuletzt die Kampagne »Object War!« zur Unterstützung von Kriegsdienstgegner*innen vor allem aus Russland, Ukraine und Belarus massiv vorangetrieben.

Links:
https://objectwarcampaign.org
https://de.connection-ev.org

Ausführlicher Indymedia-Artikel zum Adbusting: https://kurzlinks.de/aqwg

ANZEIGE

VON EINER GEMEINSCHAFT GETRAGEN

Eine andere Gastronomie ist möglich

Das aus der solidarischen Landwirtschaft abgeleitete Modell des gemeinschaftsgetragenen Wirtschaftens (von CSA Community Supported Agriculture zu CSX Community Supported Anything) weckt die Hoffnung, dass ein anderes Wirtschaften denk- und machbar ist. Ob und wie sich das Modell in der Gastronomie anwenden lässt, untersuchte der Autor 2023 in seiner Masterarbeit an der HNE Eberswalde.

MAXIMILIAN MEESE, EBERSWALDE

▲ Aus einem Workshop zu CS Gastro: Alltagsgespräche in unserer gemeinschaftsgetragenen Gastronomie Grafik: Maximilian Meese

»Ich liebe das, was ich tue, aber ich hasse meinen Job.« Diesen Satz hört man häufig so oder so ähnlich in Unterhaltungen mit Menschen, die in der Gastronomie arbeiten. Woher kommt dieser Widerspruch? Menschen mit gutem Essen glücklich zu machen, Gastgeber*in sein, mit Lebensmitteln arbeiten, täglich Selbstwirksamkeit erfahren – das scheint diesen Menschen Freude zu bereiten. Gleichzeitig arbeiten sie häufig unter Bedingungen, die von mangelnder Wertschätzung, hohem Stress und entgrenzter Arbeitszeit geprägt sind. Dabei sind sie einer hierarchischen, leistungsfokussierten und wenig diskriminierungssensiblen Arbeitskultur ausgesetzt. Lebensmittel, mit denen sie umgehen, sind wegen des ständigen Kostendrucks immer stärker industrialisiert und erfordern kaum noch geschickte handwerkliche Fertigkeiten. Wen wundert es, dass unter diesen Umständen immer weniger Menschen eine gastronomische Ausbildung machen, Menschen andere berufliche Wege einschlagen und gastronomische Versorgung abseits größerer Städte immer weiter zurückgeht?

CSX als mögliche Alternative

Das Resultat meiner Masterarbeit ist eine »Rezeptesammlung« für gemeinschaftsgetragene Gastronomie (CS Gastro). Sie beschreibt eine alternative gastronomische Praxis, in der die Bedürfnisse von allen Beteiligten – Produzierenden, Gästen, Bäuer*innen, Böden und Gemüse – gleichrangig verhandelt werden. Verbindliche Beiträge verteilen das Risiko auf viele Schultern und führen dazu, dass sich die dort tätigen Personen auf das fokussieren können, was Gastronomie wirklich ausmacht: Versorgung, Genuss, Gemeinschaft und Nähe.

Die Forschungsarbeit hat gezeigt, welch große Vielfalt an alternativen gastronomischen Betrieben es schon gibt. Betriebe, die sich gemeinschaftsgetragen aufstellen, können also existierende lebendige Praxis auf ihre Arbeit übertragen.

Während es bei der praktischen Umsetzung von CSX-Merkmalen, wie zum Beispiel solidarischer Finanzierung, ökologischer Produktion oder direkten Lieferbeziehungen, eine Vielfalt an erprobten Lösungsideen gibt, trifft das beim Kern von CSX, der Risikoteilung über Beiträge, bisher aber nicht zu. In einigen Fällen scheint diese Form der Finanzierung gut zu funktionieren, wenn der Betrieb eine feste Gruppe (zum Beispiel Wohnprojekte, Gemeinschaften) versorgt. Komplizierter wird es, wenn eine CS Gastro nicht ausschließlich Mitglieder, sondern auch externe Gäste hat. Dennoch kann dies einerseits gewünscht sein, weil ein solcher öffentlicher Raum einer größeren Gruppe an Nutzer*innen die Teilhabe ermöglicht. Andererseits ist eine Mischform für bestehende Betriebe interessant, die nach und nach auf CSX umstellen möchten.

Damit das andere Neue in die Welt kommt und anfassbar wird, braucht es nun die konkrete Umsetzung. Nur so kann praktisches Erfahrungswissen erzeugt werden, um die vielen unbelegten Thesen in Bezug auf das Potential einer CS Gastro zu erforschen: Können sich Gäste daran gewöhnen, mit Mitgliedsbeträgen eine Versorgung zu ermöglichen, anstatt Geld gegen Essen zu tauschen? Erzeugt die veränderte Form tatsächlich eine selbstbestimmte Arbeitskultur? Bildet sich mit der Zeit eine wertschätzende Beziehung zwischen Gästen und Menschen hinter Theke und Herd heraus? Ist es möglich, das Engagement der Mitglieder so zu gestalten, dass es zu individuellen Lebensrealitäten passt? Wie lässt sich der Betrieb so aufstellen, dass er nicht auf Querfinanzierung angewiesen ist und möglichst geld-leicht arbeitet? Und wie gelingt anschlussfähige Kommunikation des Versorgungsangebots jenseits eines öko-linken, mittelschichtigen Milieus, die alle anspricht? Wir als Gründer*innen sind überzeugt, dass gerade bei der Ansprache verschiedener »sozialer Bubbles« eine große Stärke der CS Gastro liegt, denn ob Kiez-Kantine, Community Restaurant oder Dorfgasthaus – nichts bringt Menschen besser zusammen als das gemeinsame Essen.

Gemeinschaftsgetragene Betriebe in Gründung

Derzeit entstehen an zwei Orten CS Gastro-Betriebe: Die Wegwarte in Dohrenbach beinhaltet als Lern- und Forschungsort unter anderem eine CSX-Küche im Aufbau, die sowohl das Dorf als auch künftige Seminarteilnehmer*innen versorgen soll. Das Gründungsvorhaben in Eberswalde bewegt sich in einem kleinstädtischen Kontext. Es hat zum Ziel, einen möglichst barrierefreien Ort zu schaffen, dessen Angebot sich am Bedarf der Nachbarschaft orientiert und damit einen Beitrag zu einer lebenswerten Stadt zu leisten. Beide Projekte sind Teil des Forschungsprojektes »Switch« zu gemeinschaftsgetragenen Gründungen und Umstellungen und damit eingebettet in eine lebendige und aufblühende CSX-Landschaft.

Links und Kontakte:

mmeese@posteo.de (Max Meese/Eberswalde)
gasthaus@wegwarte.haus (Nina Kozel/Dohrenbach)

Forschungsarbeiten zum Thema CSX und CS Gastro:
csx-netzwerk.de/medien/#Forschungsarbeiten
Wegwarte: wegwarte.haus

Mehr zum Forschungsprojekt »Switch«:
https://kurzlinks.de/786m

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

Wer liest schon Protokolle?

AG Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AG Beratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 35 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 35-jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

Die durchschnittliche Leser*innenschaft wissenschaftlicher Artikel lag vor ein paar Jahren angeblich bei 1,7 Leser*innen. Bei Plenums-Protokollen dürften es zumindest mehr sein: die Person, die es geschrieben hat, dann doch zumindest eine weitere und immer häufiger mindestens eine KI.

Es ist selbstverständlich geworden, dass Protokolle mit ausführlichen Diskussionsverläufen und Informationen in Clouds abgelegt werden – damit sie jederzeit von allen einsehbar sind. Auch, dass dafür Software und Plattformen des Big Tech genutzt werden, hat seinen Grund darin, dass sie ohne viel Aufwand zugänglich und die Nutzung sowie Bedienung normalisiert sind.

Der Pragmatismus übertrumpft hier die Selbstbestimmung. Bevor nur ein Teil des Kollektivs in Echtzeit mitliest, wird lieber auf Datenschutz verzichtet. Aber während die Kollektivist*innen vielleicht schon wieder vergessen haben, was im Protokoll steht, landen die Daten bei Cloud-Diensten, deren Nutzungsbedingungen oft Rechte an den Daten für Marketing, KI-Training oder sogar Verkauf vorsehen. Oft ist unklar und in Kollektiven unbekannt, wer eigentlich ihre Daten für was nutzt und wer (außerhalb) vom Kollektiv alles Zugriff worauf genau hat. Wo liegen die Daten wirklich (überall), wer aus Big Data analysiert und nutzt diese und – nicht zuletzt – welche Überwachungs- und Repressionsdienste können darauf zugreifen?

Vor 40 Jahren gab es noch einen beträchtlichen Widerstand gegen die Volkszählung 1983/1987. Angesichts der heutigen Realität von mehrheitlich ignorierter bis gar erwünschter durchgehender Erfassung von Kommunikations-, Bewegungs- und sonstigen Verhaltensdaten, erscheinen die damaligen Befürchtungen vor einem Überwachungsstaat bei Fragen nach Wohnungsgröße oder Bildungsabschlüssen aus einer deutlich entfernteren Vergangenheit zu sein. Dieses Misstrauen speiste sich aus dem damaligen Kontext von Berufsverboten und Rasterfahndungen im Deutschen Herbst, neuen Möglichkeiten der computergestützten Datenauswertung und nicht zuletzt aus der historischen Erfahrung, dass beispielsweise detaillierte Registerdaten den Holocaust erleichterten.

Das aus dem Urteil zu den damaligen Verfassungsbeschwerden gegen die Volkszählung hervorgegangene Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung wird in der vermeintlichen Informationsgesellschaft von heute nur selten als Errungenschaft empfunden. Ebenso wie die Angst vor der umfassenden Überwachungspraxis der Geheimdienste, wird das in DSGVO und anderen Datenschutzbestimmungen umgesetzte Grundrecht im gesellschaftlichen Diskurs eher als Lästigkeit in Cookie-Banner-Form oder Innovationshemmnis angesehen, sozusagen als Snow(den) von gestern.

Dabei zeigen definitiv nicht erst die mit globalen Datenbergen gefütterten KIs: Wenn wir uns schon nicht sorgen, dass unsere Daten (irgendwann) gegen uns verwendet werden könnten, oder daran stören, dass irgendwer an diesen verdient, so entfaltet doch schon die Nutzung der Daten gesellschaftlich normierende Wirkung. Nicht erst der Miss-, sondern bereits der Gebrauch von Big Data ist also aus emanzipatorischer Perspektive ein Problem, wenn damit als Wahrheiten missverstandene statistische Muster und Verteilungen Ausschlüsse re-/produzieren.

So harmlos es zunächst also klingt und auch schmeicheln mag, wenn die Leser*innenanzahl des eigenen Protokolls durch KIs steigt, so politisch ist es doch, sich mit der Frage nach Eigentum, Zugriff und Nutzungsrechten dieser Daten zu beschäftigen. Wir plädieren daher dafür, mit der Selbstorganisation und Selbstbestimmung nicht bei der digitalen Infrastruktur aufzuhören und euch von den IT-Kollektiven eures Vertrauens beraten zu lassen.

AG Beratung

In der Reihe »Digitale Selbstorganisation« hat CONTRASTE datenfreundlichere Anwendungen auf Basis freier Software vorgestellt, unter anderem Werkzeuge zur Zusammenarbeit von Gruppen.

Alle Beiträge können online auf contraste.org nachgelesen werden: kurzlinks.de/5mqm

KLEINESCHHOLZ

Ein Viertel in Freiburg mit besonderem Konzept

Ein neues Viertel wird in Freiburg im Breisgau entstehen - grün, urban und vor allem gemeinwohlorientiert: Kleineschholz. Der Freiburger Gemeinderat hat beschlossen, die Baugrundstücke nicht meistbietend zu vergeben, sondern in einer so genannten Konzept-Vergabe. Interessierte Organisationen konnten ein Konzept einreichen, die Konzepte wurden von einer Jury bewertet und die besten Konzepte haben Ende 2024 eine Zusage bekommen, dass sie Grundstücke kaufen können.

JOHANNA DODILLET, FREIBURG

▲ Die gemeinwohlorientierten Bauprojekte für das neue Viertel Kleineschholz stellten sich auf dem Stühlinger Kirchplatz in Freiburg vor, darunter auch die KESH³-Projekte: VELOHAVEN, E.O.S* Haus 1 und Birnbaum. Foto: Johanna Dodillet

Drei Projekte des Mietshäuser Syndikats haben mit ihren Konzepten überzeugt: E.O.S.* Haus 1, Velohaven und Birnbaum. Zusammen bilden sie »KESH³ – Kleineschholz Syndikats-Häuser« und die Zahl hoch drei steht für die Anzahl der Projekte.

So unterschiedlich die drei Projekte sind, so haben sie doch einiges gemeinsam: Wie alle Mietshäuser Syndikats-Projekte ist das Ziel, sozialen, bezahlbaren und unverkäuflichen Wohnraum zu schaffen. Außerdem werden die Häuser »ökologisch« gebaut – mit viel Holz und Photovoltaik. Getragen werden die Projekte durch engagierte Menschen, die viel Zeit und Energie hinein stecken. Neben regelmäßig stattfindenden Treffen, auf denen die Projektgruppen basisdemokratische Entscheidungen treffen, gehört zu den Hauptaktivitäten gerade an Infoständen zu stehen, um über die Projekte zu informieren und bei Veranstaltungen diese vorzustellen.

E.O.S.* Haus 1

E.O.S.* Haus 1 steht für Elinor-Ostrom-Siedlungsprojekt und ist eine Initiative des Bauvereins »Wem gehört die Stadt?«. Das Projekt ist nach der Wirtschaftswissenschaftlerin Elinor Ostrom benannt, die mit ihren Forschungen zu Commons (Allmende/Gemeingut) als erste Frau den Wirtschafts-Nobelpreis gewonnen hat. Die Projektgruppe möchte insbesondere Wohnraum für Menschen mit besonders großen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt bieten, wie Geflüchtete oder Menschen in Wohnungsnot. Das Projekt plant 32 unterschiedlich große Wohnungen – für Einzelhaushalte, aber auch für größere Familien und WGs. Dazu bietet das Projekt einen Gemeinschaftsraum, Arbeits- und Gästezimmer und einiges mehr.

Das Erdgeschoss ist für gemeinwesen-fördernde und gemeinschaftsgetragene Räume gedacht. Geplant ist eine großer Multifunktionsraum mit Gastroküche, dazu Räume für ihre Kooperationspartner, die offene Werkstatt »FREILab« und die Werkstatt »Schule für Mädchen«. Die Räume sollen auch von sozialen und kulturellen Initiativen aus dem Quartier und darüber hinaus gemietet werden können.

Link: eos-haus1.de
Kontakt: info@eos-haus1.de

Birnbaum

Birnbaum stellt das selbstbestimmte Wohnen im Alter in zwei Generationen in den Fokus. Hier sollen 16 Wohnungen entstehen für Menschen, die nicht alleine, sondern gemeinsam alt werden wollen. Dabei geht es nicht darum, einander zu pflegen, sondern sich zu unterstützen, Gemeinschaft zu pflegen und gemeinsame Themen wie Gesundheit und Tod anzugehen. Auch gemeinsam aktiv werden spielt eine Rolle. Gemeinsame kulturelle Aktivitäten sind erwünscht. Neben einem Gemeinschaftsraum soll es in Kooperation mit FreiRaum auch eine Wohnung für Frauen geben, die es schwer auf dem Wohnungsmarkt haben.

Link: birnbaum-freiburg.de
Kontakt: info@birnbaum-freiburg.de

Velohaven

Velohaven verbindet die relevanten Themen Wohnen und Mobilität. Hier steht neben dem gemeinschaftlichen, generationsübergreifenden Aspekt nachhaltige, urbane Mobilität im Mittelpunkt. Das Projekt will 14 Wohneinheiten bauen und damit rund 35 Menschen einen sicheren Hafen bieten. In dem Projekt soll Wohnraum für p3-Werkstatt-Azubis mit Flucht- und Migrationserfahrung zur Verfügung gestellt werden und einer wohnungslosen Frau in der Kooperation mit FreiRaum/Diakonie.

Es wird eine Sharingmöglichkeit für ein Lastenvelo geschaffen und dem Verein Bike Bridge einen Rikscha-Stellplatz für das Projekt »Radeln ohne Alter« angeboten.

Link: www.velohaven.de
Kontakt: kontakt@velohaven.de

Viele kleine Kredite

Finanziert werden die Neubauten über Fördergelder und Bankkredite, aber auch zu einem wesentlichen Teil über Nachrangdarlehen von Privatpersonen, sogenannte Direktkredite. Dieses Geld kann das Wohnprojekt als Eigenkapital gegenüber der Bank geltend machen. »Ein solcher Direktkredit wirft nicht die gleiche Rendite ab, wie beispielsweise ein ETF, aber wir geben bis zu zwei Prozent Zinsen und vor allem das Versprechen, dass mit dem Geld wirklich langfristig bezahlbarer Wohnraum vor Ort entsteht und ein Mehrwert für das gesamte neue Viertel Kleineschholz, für Freiburg und darüber hinaus», sagt Julia Karch die sich bei Velohaven engagiert.

Über die Motivation, sich ehrenamtlich für das Mietshäuser Syndikat zu engagieren, sagt Karch: »Ich möchte jetzt die Zukunft gestalten, oder wie es Elinor Ostrom sagte: ›Wir können nicht einfach herumsitzen und auf die globale Lösung warten, es gibt viel, was auf Haushaltsebene, auf Gemeindeebene und auf regionaler Ebene getan werden kann.‹ – also nehmen wir es alle zusammen selbst in die Hand!«

Link: kleineschholz-syndikat.org/

KOMMUNE-GRÜNDUNGSTREFFEN BEI DEN GASTWERKEN, ESCHERODE

Viel los beim »Los geht's«

Nach drei Jahren ging es wieder los. Das Netzwerk der politischen Kommunen lud vom 10. bis 13. Juli zum Camp für Gemeinschaftsinteressierte ein. 150 Erwachsene und 30 Kinder kamen in Escherode auf dem Gelände der gASTWERKe zusammen. Die Gastkommune verfügt über ein wunderschönes Gelände in waldiger Umgebung.

REDAKTION KÖLN

Tagsüber ging es bunt und vielfältig zu. Nach dem Frühstücken im Freien kamen Teilnehmer*innen und von Kommunard*innen moderierte Bezugsgrupppen zusammen: Dies erwies sich als sehr gut geeignet, miteinander warm zu werden. Es folgten frei wählbare Slots zu den Themen Gemeinsame Ökonomie, Anders arbeiten, Entscheidungsfindung und Politik. Nachmittags gab es eine bunte Palette zu weiteren Themen, auch von Teilnehmer*innen angeboten.

Organisiert von einer kleinen Vorbereitungsgruppe des Kommuja-Netzwerkes kamen zum Gelingen dann an die 50 Kommunard*innen aus 16 Gemeinschaften dazu. Sie gaben gerne ihr jeweiliges Konzept samt ihren Erfahrungen damit in vielen Gesprächen weiter.

Alle erlebten am Samstagabend ein rauschendes Konzert: Mit dabei: Songwriter Nino von den gASTWERKEn und MPC LAFOT aus Hamburg.

Gleich fünf Kerngruppen stellten sich vor, die neue Kommunen gründen wollen und Zuwachs suchen: AZwanzig, FeMile, LAS gemeinsam, Hemen, Terra Nova Begegnungsraum. Weitere meldeten sich auf dem Treffen. Teils haben sie schon ein Gebäude in petto, in dem sie wohnen, und haben ihr Kommuneprojekt bereits gestartet. Beispiel: Die noch kleine Hemen-Gruppe konnte ein ehemaliges Gasthaus am nordhessischen Berg »Hoher Meißner« erwerben. Die Terrasse mit wunderbarem Ausblick wurde bereits saniert. Ein bio-veganes Café entsteht. Schritt für Schritt soll ein bunter Begegnungsort samt Seminarräumen und Übernachtungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Etliche der anwesenden politischen Kommunen warben auch selbst um Verstärkung. Einerseits, weil Mitglieder sich aus Altersgründen weniger einbringen können oder sich auf neue Wege außerhalb der Gruppen aufgemacht haben. Andererseits, weil sie selbst noch im Aufbau sind. In diesem Jahr haben sich gleich drei Gemeinschaften dem Kommuja-Netzwerk angeschlossen: GemSe in Kärnten, Landrausch in Brandenburg und Communa in Mecklenburg-Vorpommern. Ob all dies gelingen wird, wird sich wohl in zwei Jahren zeigen. Dann ist wieder ein neues »Los geht's – Gruppen gründen«-Treffen anvisiert.

Die politischen Kommunen haben sich auf vier Grundsätze verständigt:

- Wir wollen ein gleichberechtigtes Miteinander, Machtstrukturen lehnen wir ab.
- Wir tolerieren keine sexualisierte Gewalt.
- Wir wollen uns vom herrschenden Verrechnungs- und Besitzstandsdenken lösen.
- Die politischen Kommunen wollen die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern.

In seinem Workshop suchte Heinz Weinhausen von der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim in Köln, Hoffnung auf Überwindung des Kapitalismus zu pflanzen. Nach innen verweigern die Kommunen bereits heute mehr oder weniger das übliche wirtschaftliche Konkurrenz-Getrenntsein und leben das Miteinander einer Ein-Topf-Gemeinschaft, in der sie all ihre Fähigkeiten, Dienste, Produkte wie erwirtschafteten Gelder einbringen. Dies geht einher damit, dass die Gruppen über Gebäude und Land verfügen.

Wie ist dies nun in die heutige dominierende Marktwirtschaftsepoche einzuordnen? Diese ist basal auf »ewiges« Kaufen und Verkaufen von Waren und Arbeitskraft angewiesen. Die Konkurrenz setzende Grunddynamik bekommt eine gesellschaftlich katastrophale Richtung dadurch, dass diejenigen mit größter Produktivkraft die anderen durch Verbilligung regelrecht vom Markt fegen können. Die heutige Digitalisierung samt KI-Technologie produziert dabei weltweit wachsende Ausgrenzung samt Kaufkraftverlusten. Letztlich erstickt der Kapitalismus nach und nach an seinem Modernisierungszwang.

▲ Steffen Emrich von der Kommune gASTWERKe moderiert ein Plenum. Foto: Ulli Krämer

Als Vision zeigt sich eine neue Weltgesellschaft ohne Geld und Staat, eine vernetzte komplexe weltweite Selbstversorgungsgesellschaft. Eine »Ein-Topf-Gemeinschaft«, in der alle nach Kräften geben und nach Bedürfnissen nehmen. Endlich eine Miteinander- statt Gegeneinander-Menschheit.

In vielfältiger Weise hat die Reise dorthin auch in Deutschland schon begonnen, denn gar nicht so wenige Menschen versuchen, ansatzweise anders zu arbeiten und zu leben in ehrenamtlich gestalteten Vereinen, Solawis, Leih-Orten, Freier Fluss-Initiativen, Urbanen Gärten, Kollektiv-Betrieben, Commons-Zentren, Kommunen usw. All diese noch so kleinen Ansätze sind wichtig in unserer Epoche, wo das »Alte« stöhnt und ächzt. Sie zeigen real, dass eine andere Welt möglich sein kann. Deren Wertschätzung untereinander und deren kooperative Vernetzung verstärkt ihre Wirksamkeit und Sichtbarkeit.

Links: www.losgehts.eu, www.kommuja.de

Lesetipp: Heinz Weinhausen: »Jenseits von Ware, Geld und Staat« in CONTRASTE Nr. 470 (S.11), online abrufbar unter: kurzlinks.de/wnba

EIN FESTIVAL FÜR PLANETARISCHE GERECHTIGKEIT

Die Zukunft gestalten

Unter dem Titel »Denken.Fühlen. Handeln – Ein Zukunftsfestival für planetarische Gerechtigkeit« fanden vom 30. Juni bis zum 5. Juli in Bielefeld fast 100 Veranstaltungen statt, die zum Mitdenken und Mitmachen einluden. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Klimakatastrophe, der zunehmende Rassismus und demgegenüber das Nachdenken über bessere Zukünfte.

THIEMO KIRMSE, REDAKTION MÜNSTER

▲ Über Utopien im Gespräch: Janas Gebauer, Thomas Klein, Mariama Jalloh und Melane Nkounkolo Fotos: Thiemo Kirmse

Es ist nur so ein Gefühl. Ich kann es nicht ganz fest machen. Aber irgendwann – ich bin fast sicher – da wird die Weltrevolution von Bielefeld ausgehen. Nur um dann, nicht untypisch für diese Stadt, auf sympathische Art und Weise, aber letztlich doch klar, zu scheitern. Wie das ausschauen wird? Völlig unvorstellbar. Genau wie die Weltrevolution.

Von dieser nebulösen Zukunft zurück in die Gegenwart, an einen vertrauten Ort: nach Bielefeld. Dieses Mal lockt mich das Festival »Denken. Fühlen.Handeln« in meine alte Heimatstadt. Auf dem Rückweg vom Sommerplenum der CONTRASTE kann ich nicht anders, als dort Halt zu machen und zwei Tage einzutauchen in ein Potpourri buntester Veranstaltungen, die für mich sehr vielversprechend klingen. Das Festival ist nur ein weiterer Hinweis darauf, dass viel mehr in dieser Stadt steckt, als man denkt. Wobei die Weltrevolution dann vielleicht doch ein wenig zu euphorisch gedacht ist.

Hinter dem Festival stehen die AG 10 »Migrationspädagogik und Rassismuskritik« an der Fakultät für Erziehungswissenschaften der Universität Bielefeld und das Welthaus Bielefeld e.V.. Menschen aus diesen beiden Institutionen haben zusammen mit zahlreichen weiteren lokalen Gruppen und Akteur*innen in einem dezentralen und partizipativen Prozess ein reichhaltiges Programm auf die Beine gestellt. Die Dezentralität und die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung spiegeln sich auch bei den Veranstaltungen selbst wieder. Denken, Fühlen, Handeln steht nicht nur auf dem Papier.

Nach einer kleinen Odyssee durch die eindrucksvollen neuen und alten Gebäudekomplexe der Bielefelder Universität finde ich den kleinen Veranstaltungsraum, wo ein Workshop zu Gefühlen in der Klimakrise stattfindet. Das Wetter dazu ist passend: 37 Grad werden es in der ostwestfälischen Metropole an diesem bisher heißesten Tag des Jahres. Fühlen ist da noch möglich, Denken und Handeln fallen schwerer.

Fühlen

Unter der kompetenten Leitung von Annalena Becker vom Wandelwerk e.V. gelingt aber auch das. Von den sieben Teilnehmenden, divers in Alter und Geschlecht und homogen bei Ethnie und Bildungshintergrund, werde ich gleich vier Menschen in den kommenden beiden Tagen erneut treffen. Der Kreis ist klein und zumindest bei den Veranstaltungen, an denen ich teilnehme, das Akademische klar spürbar.

Im Workshop entdecken und untersuchen wir unsere Klimagefühle gemeinsam. Traurigkeit und Verzweiflung spielen eine große Rolle und genauso die Angst vor dem, was noch kommt. Was fast allen fehlt, ist die Hoffnung. Das Gefühl der Ohnmacht ist demgegenüber stark. Schuld wird von einigen sehr intensiv gespürt. Auf der anderen Seite ist da aber auch das Gefühl von Freude und ein ebenfalls sehr starkes Gefühl von Verbundenheit. Trotz dieses Übergewichts negativer Gefühle können die Teilnehmenden positive Impulse aus dem Workshop gewinnen und den kleinen Seminarraum in guter Stimmung verlassen.

Denken

Auf die Diskussionsveranstaltung am Nachmittag freue ich mich schon sehr. In der neu eröffneten Wissenswerkstatt direkt in der Innenstadt sprechen die Musikerin und Aktivistin Melane Nkounkolo, der Kommunikationswissenschaftler Thomas Klein und Janas Gebauer, die zu Transformation und kollektiven Zukunftsentwürfen arbeitet, über »Ein Pluriversum an Utopien«. Die Diskussion läuft im Fishbowl: Zwei freie Stühle, links und rechts neben dem Podium, bieten allen Anwesenden die Möglichkeit, sich aktiv am Gespräch zu beteiligen. Wunderbar moderiert von Mariama Jalloh wird diese Gelegenheit wiederholt wahrgenommen.

Was Janas sagt, gefällt mir. Sie spricht von einem utopischen Impuls, den wir in uns tragen und dass wir Zukunftsvorstellungen aus der Perspektive einer wünschbaren und radikalen Veränderung bräuchten. Diese sollten nie statisch sein, sondern müssten sich laufend verändern. Unsere Utopien müssten möglichst konkret und dabei spürbar, schmeckbar und erfahrbar sein. Dadurch erschienen sie vorstellbar und machbar. Das Utopisieren sei dabei ein kollektiver Prozess. Gerade Letzteres ist für mich eine jüngere Erkenntnis, die bei mir auf fruchtbaren Boden fällt. Insgesamt aber bleibt das Gespräch hinter meinen Erwartungen zurück. Es gibt zwar eine Reihe von interessanten Impulsen, aber das meiste ist mir noch nicht griffig genug. Jenseits der genannten Punkte nehme ich am Ende so richtig viel dann doch nicht mit.

Der Abend meines ersten Festivaltages endet denkend und fühlend. Nach einem guten Mahl im Bielefelder Kachelhaus, bei dem ich das vorbeiziehende Unwetter im Inneren des Gastraums verfolgen kann, benötige ich nur wenige Schritte bis zur Buchhandlung Eulenspiegel. Im überfüllten Raum des kleinen Kollektivladens liest Festivalinitiator Paul Mecheril aus seinem noch unfertigen Buch mit dem Titel »Ach, Rassismus«. Er bemerkt vor, der Text sei keine leichte Kost. Wie ich schnell feststelle, ist diese Vorwarnung, die für mich eher der Form als dem Inhalt nach gilt, mehr als angebracht.

Handeln

Das bisherige Manuskript enthält eine Reihe von sehr unterschiedlichen Texten, die zumeist sachlich, teilweise aber auch poetisch sind. Sie erscheinen dabei sehr persönlich, sind mal anspruchsvoll geschrieben – schon der zweite Text verlangt meine volle Konzentration – und dann wieder sehr leicht. Neben eigenen Beiträgen enthält das Buch eine Reihe von Texten der türkischen Schriftstellerin Semra Ertan, die im Alter von 14 Jahren nach Deutschland gezogen war und sich aus Protest gegen Rassismus 1982 öffentlich selbst verbrannte. Auch Paul Mecheril ist von Rassismuserfahrungen geprägt.

Am zweiten Festivaltag bin ich viel in Bewegung. Mein Startpunkt ist eine interaktive Performance mitten am zentralen Jahnplatz. Mit dem Forumtheater aus dem Theater der Unterdrückten nach Augusto Boal wird eine gewaltsam-diskriminierende Szene geboten, die die Umstehenden zur Reflexion auffordert und zur Einmischung einlädt. Kurz danach bin ich schon auf dem Weg zum Kesselbrink, einem weiteren zentralen Platz in der Bielefelder Innenstadt, den ich nach wenigen Minuten erreiche. Dort erwartet mich unter freiem Himmel die Ausstellung zu »Geschichte und Gegenwart von Erinnern und Handeln zu rechter Gewalt in Nordrhein-Westfalen«.

Highlight und persönlicher Abschluss

Bevor ich mich für eine Doppelveranstaltung auf den fußläufigen Weg ins Alarmtheater im westlichen Teil der Innenstadt mache, besuche ich noch die Stadtbibliothek. Dort bieten drei Frauen ihre Migrations- und Lebensgeschichte »zur Ausleihe« im persönlichen Gespräch an. Hinter dieser Idee steht das Konzept der »Human Library«, das auf die dänische Jugendinitiative »Stoppt Gewalt!« zurückgeht. Zwei Geschichten später bin ich wieder unterwegs und pünktlich zum Start der Podiumsdiskussion zu »Revolution oder Transformation? Zwischen Argument und Militanz« im stimmungsvollen Saal des Alarmtheaters.

Das Podium ist mit Carla Hinrichs von der Letzten Generation, der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Britta Haßelmann, Samia Mohammed von der Universität Bremen und Jutta Weber von der Universität Paderborn rein weiblich und zugleich hochkarätig besetzt. In unmissverständlicher Klarheit äußern gleich drei der vier Diskutantinnen, dass der Kapitalismus – nicht alleine – aber doch wesentlich ursächlich für die multiplen Krisen der Gegenwart ist. Carla Hinrichs spricht in diesem Zusammenhang von einem Todeskapitalismus.

Zu meiner freudigen Überraschung geht die Übereinstimmung noch ein wenig weiter. In unterschiedlicher Deutlichkeit und in Abstufungen, die von einem Hinterfragen bis zu einer klaren Absage reichen, sprechen Carla, Jutta und Samia der parlamentarischen Demokratie die Möglichkeit ab, diese Krisen zu lösen. Wie eine Alternative zum Kapitalismus und zu einer von jedweder Herrschaft befreiten Welt ausschauen und erreicht werden könnte, deutet Samia in ihren Beiträgen an. Sie beginnt mit der Autorin Bini Adamczak, spricht von Beziehungsweisen, charakterisiert die Gegenwartsgesellschaft als bürgerlich-kapitalistisch und redet von strukturell gewaltvollen Verhältnissen, die nur revolutionär zu überwinden seien. Weg und Ziel müssten dabei übereinstimmen und neue Formen des Zusammenlebens schon auf dem Weg probiert werden. Ich kann ihr in allem zustimmen, denke aber zugleich, dass man mit all dem schon zuvor in Berührung gekommen sein muss, um ihren Ausführungen folgen zu können.

Die Podiumsdiskussion sticht aus den von mir besuchten Veranstaltungen deutlich heraus und ich freue mich, daran teilgenommen zu haben. Nach anderthalbstündiger Pause geht es auf der Bühne weiter mit den Klimamonologen von Michael Ruf. Vier Schauspieler*innen, eine Cellistin und eine Sängerin machen die Klimakatastrophe, die vor allem im Globalen Süden schon bitterste Realität ist, spürbar.

Was bleibt? Für mich persönlich kann ich diese Frage beantworten. Ich bin bestärkt in dem Gefühl, die verschiedenen Formen von Unterdrückung – so weit wie möglich – aus der Perspektive der Betroffenen wahrzunehmen. Was ich zudem als verstärkten Impuls mitnehme, ist die kollektive Entwicklung von Ideen. Egal was wir machen, wir können es nur gemeinsam tun. Zugleich habe ich das Gefühl, dass dieses Festival – und feierlich war es gewiss – nur ein Schlaglicht war. Eigentlich, so denke ich, kann das nur der Auftakt gewesen sein. Wir müssten jetzt weiter wochenlang zusammenhocken und diskutieren, um dann gemeinsam ins Handeln zu kommen. Die Frage, was also bleibt, kann ich in dieser Allgemeinheit nicht beantworten. Ich fürchte, dass es am Ende nicht viel ist. Ein tristes Ende wäre für einen Rückblick auf dieses schöne Festival unangemessen und so darf der Gedanke, dass vielleicht dieses Festival ein kleiner Baustein auf dem Weg zur Weltrevolution, die in Bielefeld ihren Ausgang nimmt, erneut ein wenig Raum einnehmen. Wenn es soweit ist, dann bin ich wieder dabei.

Link:
www.dfh-festival.de

▲ Ausstellung zu rechter Gewalt in Nordrhein-Westfalen auf dem Bielefelder Kesselbrink

ANZEIGE

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 7/2025 u.a.:

Lucas Rudolph: »Zaghafter Widerstand« – Zur Verteidigung des Achtstundentags

»Die Arbeitgeber schikanieren Streikende mit allen Mitteln« – Nikolai Huke im Gespräch mit Monika Górka

Renate Hürtgen: »Wie steht es um die Demokratie im sächsischen Betrieb?« – Bestandsaufnahme

Heiner Dribbusch: »Ver.di kritisiert Nato-Aufrüstungsbeschluss« – Gewerkschaftslinke vor schwierigen Fragen

Robert Schlosser: »The Golden Age is Coming« – Die ökonomischen Folgen der US-amerikanischen Zollpolitik

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per mail anfordern

Niddastr. 64 VH · 60329 FFM
express-afp@online.de
www.express-afp.info

MIRAPHONE EG, WALDKRAIBURG

Produktivgenossenschaft mit langer Tradition

Als 1946 nach dem Zweiten Weltkrieg 13 vertriebene Musikinstrumentenbauer in Waldkraiburg die »Produktivgenossenschaft der Graslitzer Musikinstrumentenerzeuger eGmbH« gründeten, rechnete wohl niemand von ihnen damit, dass diese Firma 75 Jahre später immer noch als Genossenschaft besteht.

CHRISTOPH BALHUBER, ASCHAU

▲ Aufsichtsrat Christoph Balhuber von Miraphone bei der Arbeit Foto: Miraphone eG

Die Wurzeln der Firma Miraphone eG liegen in der Stadt Graslitz in Böhmen, dem heutigen Tschechien. Als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging und sich viele Deutsche wegen Vertreibung eine neue Heimat suchen mussten, entstand in Waldkraiburg der Grundstein des heutigen Unternehmens Miraphone. Die 13 Gründungsväter konzentrierten sich anfangs durch die beschränkten Möglichkeiten in erster Linie auf die Reparatur von Metallblasinstrumenten. Nur ein Jahr später, 1947, fassten die Gründer den Beschluss für die Entwicklung und den Neubau eines ersten eigenen Metallblasinstrumentes. Durch Fleiß und Ehrgeiz konnte sich das junge Unternehmen in den Folgejahren damit am Markt etablieren.

Die steigende Nachfrage nach Musikinstrumenten und die ersten Kooperationen mit Künstler*innen festigten die Position am Markt, wodurch Anfang der 1960er-Jahre die ersten Lehrlinge ausgebildet werden konnten und somit ein solider Grundstock für ein weiteres Bestehen geschaffen wurde. Das stetige Wachstum der Genossenschaft und der erforderliche Bau einer neuen Fertigungsstätte am heutigen Firmenstandort waren ein Beweis für die gute Strategie dieser Betriebsform. An dem Erfolgsmodell Genossenschaft hat sich bis heute nichts verändert. Die Firma Miraphone eG gehört dem Bayerischen Genossenschaftsverband an und ca. 60 Prozent der knapp 90 Männer und Frauen aus der Belegschaft sind Miteigentümer*innen, was sich im Zusammenhalt der Firma und der Qualität der Instrumente widerspiegelt.

Als Mitglied der Genossenschaft hat jede*r die Möglichkeit, Firmenanteile zu erwerben und durch diese eine anteilige Gewinnbeteiligung zu erhalten. Des Weiteren kann sich jedes Mitglied bei der jährlichen Generalversammlung für ein Amt aufstellen lassen. In der Versammlung werden jedes Jahr zwei von sechs Aufsichtsräten aus den eigenen Reihen neu gewählt. Dieser Aufsichtsrat tauscht sich regelmäßig in gemeinsamen Sitzungen mit der Vorstandschaft über die Lage des Unternehmens aus. Die beiden Vorstände der Firma Miraphone werden dabei abwechselnd turnusgemäß durch den Aufsichtsrat festgelegt und bestellt.

Handwerkliche Qualität mit Tradition

Heute führt das Unternehmen die Tradition und das Spitzenhandwerk ihrer Gründungsväter aus Graslitz fort. Durch Entwicklung, Innovation und Produktion von hochwertigen Metallblasinstrumenten in Handarbeit hat Miraphone im internationalen Markt einen hervorragenden Ruf. Die Premium-Qualität und das solide Händlernetz werden im In- und Ausland hochgeschätzt. Die Stärke und das Herzstück des Unternehmens ist dabei ohne Zweifel die Belegschaft.

Viele der Instrumentenmacher*innen sind selbst Musiker*innen, was die Hingabe zum gefertigten Produkt steigert. Dadurch werden die Erzeugnisse den verschiedensten Ansprüchen des internationalen Marktes gerecht. Pro Jahr produziert die Firma Miraphone ca. 1.400 Instrumente. Dabei entfallen 45 bis 50 Prozent auf die weltbekannten Miraphone-Tuben, die der Gattung des tiefen Blechs zugeordnet sind. Der Rest verteilt sich auf die Sparten der hohen (zum Beispiel Flügelhorn) und mittleren (zum Beispiel Bariton, Euphonium) Metallblasinstrumente. Die Qualität der Erzeugnisse kann auch dadurch auf höchstem Niveau gehalten werden, da viele Mitarbeiter*innen durch die Beteiligung am Unternehmen ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl für das tägliche Handwerk und dem daraus resultierenden Produkt haben. Gute Qualität ist das beste Verkaufsargument und meist resultiert daraus ein guter Jahresumsatz. Oft kommen deshalb Vorschläge und Innovation aus den eigenen Reihen, wie zum Beispiel die Verwendung von 3D-Druckverfahren für produktionsunterstützende Hilfsmittel und Entwicklung.

Innerbetrieblicher, familiärer Zusammenhalt

Ein weiterer Vorteil der Unternehmensform Genossenschaft ist dabei sicher auch der innerbetriebliche Zusammenhalt. Durch das familiär geprägte Arbeitsumfeld gibt es viele langjährige Betriebszugehörige und es durften bereits einige von ihnen nach über 50 Miraphone-Arbeitsjahren in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet werden. Das ganze Leben von Ausbildung bis Rente in einem einzigen Unternehmen zu verbringen, ist in der heutigen Arbeitswelt sicherlich eine Seltenheit geworden.

Vielleicht sind es aber gerade diese Tatsachen und der Ansatz, junge Menschen auszubilden, nach erfolgreichem Abschluss zu übernehmen und durch attraktive Optionen langfristig an die Firma zu binden, das Geheimrezept. Für die Firma Miraphone eG ist die Genossenschaft ein Erfolgsmodell mit Tradition und Zukunft.

Link: www.miraphone.de

PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN

Interessen gemeinsam durchsetzen

In seiner Masterarbeit untersuchte der Autor, wo und wie die Mitglieder in Produktivgenossenschaften die Möglichkeit der Partizipation haben. Ziel war es, zu klären, ob dadurch ein Austausch entsteht, bei dem die Beteiligung nicht nur der Produktivitätssteigerung dient, sondern es ermöglicht, die eigenen Interessen innerhalb des Betriebes erfolgreicher zu organisieren und durchzusetzen. Dafür wurden in drei (westdeutschen) Produktivgenossenschaften Interviews geführt: der Gärtnerei Ulenburg eG, der Zimmerei Grünspecht eG und der Miraphone eG.

JULIUS GLASER, JENA

Diskurse über Arbeitsverhältnisse, Arbeitsleid oder auch generelle Produktionsweisen werden gegenwärtig noch immer mit den rechtlichen Grundlagen des Privateigentums größtenteils aus politischen Diskussionen der bürgerlichen Öffentlichkeit herausgehalten. Anfang der 70er-Jahre thematisierten Oskar Negt und Alexander Kluge dies mit ihrer Idee der »proletarischen Öffentlichkeit«. Für sie stellt die strukturelle Einbindung der alltäglichen Lebensrealität der Arbeiter*innen in den politischen Diskurs eine Utopie dar, nach der sich Erlebnisse aus der Arbeitswelt zu kollektiven Erfahrungen der Arbeiter*innen entwickeln können.

Wenn eine Demokratie alle Teile der Gesellschaft einbinden möchte, muss sie auch proletarische Stimmen aus den Betrieben einbeziehen. Doch diese sind herkömmlich keine freien oder gar demokratischen Räume, sondern fremdbestimmt und »betriebliche Öffentlichkeiten« müssen stets gegen permanenten Widerstand errungen werden, wie Ulrich Brinkmann und Heiner Heiland 2021 feststellten.

Drei Ebenen der Öffentlichkeit

Ganz anders könnte dies bei arbeiter*innengeführten Genossenschaften aussehen, die – zumindest theoretisch – demokratisch aufgebaut sind und deren Mitglieder durch ihren Genossenschaftsanteil auch zu Teilen ihr Unternehmen besitzen. Für einen Blick auf die Betriebsöffentlichkeit ist daher zum einen zentral, deren formalen Aufbau zu untersuchen und zum anderen ihre emanzipatorischen Möglichkeiten zu bewerten.

In der Masterarbeit mit dem Titel »Betriebliche Öffentlichkeiten in Arbeiter*innengenossenschaften« wurden Genossenschaften zunächst theoretisch charakterisiert und dafür die vier genossenschaftlichen Prinzipien (Förder-, Identitäts-, Demokratie- und Solidaritätsprinzip) aufgegriffen, aber vor allem auch die veränderten Arbeitsbeziehungen in kollektiven Betrieben herausgearbeitet. Die Struktur der genossenschaftlichen Öffentlichkeit wird auf drei Ebenen skizziert: Partizipation am Arbeitsplatz, institutionalisierte demokratische Strukturen auf Betriebsebene und überbetriebliche Öffentlichkeit. Zur Bewertung dieser jeweiligen Öffentlichkeiten werden drei theoriegeleitete Kriterien herangezogen: Können alle gleichberechtigt an der Öffentlichkeit teilhaben? Handelt es sich um eine Form von Öffentlichkeit, die für alle bindende Beschlüsse fassen kann? Und: Ermöglichen diese Formen der Öffentlichkeit die Herausbildung von kollektiven Erfahrungen?

Mithilfe der Interviews zeigte sich – je nach Genossenschaft – ein durchwachsenes Bild. Der Charakter der innerbetrieblichen Öffentlichkeit unterschied sich maßgeblich daran, ob lediglich die gesetzlichen Bestimmungen erfüllt wurden oder ob die Arbeiter*innen sich ihre Organisation aktiv aneignet haben bzw. diese gar nur als Vehikel für ihr basisdemokratisches Selbstverständnis ansehen. Damit bleibt zwar die Generalversammlung ein wichtiger Ort für Entscheidungen, aber nicht der einzige, durch den die Belegschaft partizipieren kann: Betriebsversammlungen, Ombudspersonen oder tägliche Vollversammlungen sind Erweiterungen der genossenschaftlichen Öffentlichkeit auf der betrieblichen Ebene.

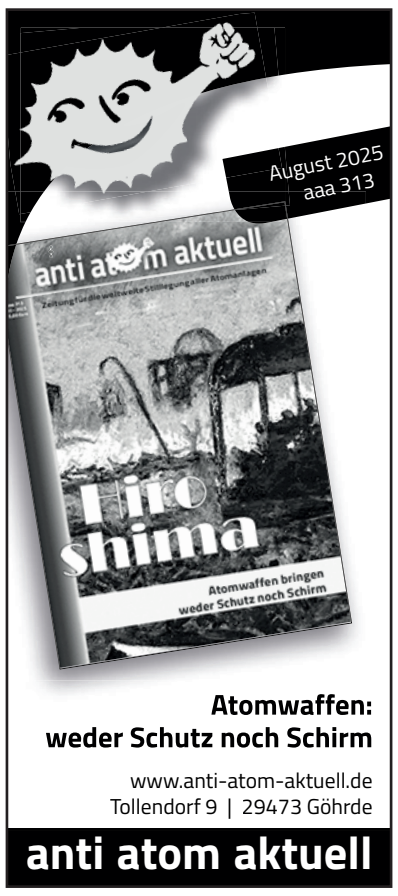
Auf diese Weise werden Räume geöffnet, die die Kollektivierung arbeitsweltlicher Erfahrungen mithilfe der Genossenschaft ermöglichen, wenn zum Beispiel flexible Arbeitszeitmodelle oder Neuanschaffungen zur Arbeitserleichterung von den Genoss*innen eingefordert werden. Als weniger relevant für diesen Prozess erschien die Partizipation direkt am Arbeitsplatz, da hierzu Entscheidungen an anderer Stelle getroffen werden. Wenn der jeweilige Betrieb in eine überbetriebliche Öffentlichkeit eingebunden ist, zum Beispiel durch einen Branchenverband, zeigt sich, dass dadurch solidarische Praktiken mit anderen Betrieben begünstigt werden. Dennoch geschieht dies eher selten und beschränkt sich auf einen Austausch über die Branche und weniger über die (genossenschaftlichen) Arbeitsbedingungen, was jedoch für eine proletarische (Gegen-)Öffentlichkeit wichtig wäre.

Chancen durch Branchenkooperation

Festhalten lässt sich: Produktivgenossenschaften verfügen über eine gute Ausgangslage, Betriebsöffentlichkeiten im emanzipatorischen Sinne herauszubilden. Bei den untersuchten Betrieben wird deutlich, dass dies kein Selbstläufer ist, sondern erst durch aktive Partizipation der Genoss*innen entstehen kann. Das größte Defizit zeigt sich darin, dass die Kollektivbetriebe nicht in eine Kommunikationsstruktur eingebunden sind, die die spezifischen Erfahrungen aus den Genossenschaften gesellschaftspolitisch verarbeitet bzw. deren Interessen weiterträgt.

Kontakt: glaserjulius@posteo.de

ANZEIGE



GRUNDBEGRIFFE ANARCHISTISCHER THEORIE

Selbstbestimmung als wichtiger ethischer Wert

Grundsätzlich geht es den allermeisten Menschen so, dass ihr individueller Drang, über sich selbst zu bestimmen, mit den Anforderungen von sozialen Gemeinschaften und »der« Gesellschaft im Konflikt steht. Dies ist kein Naturgesetz, sondern hat mit der Form der modernen und demokratischen, staatlich-kapitalistischen Gesellschaft zu tun, in welcher wir leben. Einerseits wird in ihr die Möglichkeit formuliert, dass alle Menschen selbstbestimmt leben könnten – und dass es die damit verbundenen Rechte darauf auszuweiten gälte. Andererseits ist Selbstbestimmung in der bürgerlich-liberalen Gesellschaftsform an Privilegien geknüpft und individualistisch verkürzt – sie geht zu Lasten anderer und soll vorgefertigten Wahlmöglichkeiten entsprechen.

JONATHAN EIBISCH, LEIPZIG

▲ »Mein Körper, meine Entscheidung« lautet einer der wichtigsten Slogans von Aktivist*innen, die sich für das Recht auf Abtreibung und die Selbstbestimmung von Schwangeren einsetzen.
Foto: pexels.com

Selbstbestimmung ist ein ethischer Wert (siehe Infokasten) und ein wesentliches Ziel aller Anarchist*innen. Es gilt sie im Hier und Jetzt zu erlernen, zu entdecken, zu ermöglichen und zu erkämpfen, damit wir in einer libertär-sozialistischen Gesellschaft leben können. Und gleichzeitig gilt es die Gesellschaft, in der wir leben, grundsätzlich zu verändern, um Selbstbestimmung umfassend und für alle zu verwirklichen.

Eine interessante Begriffsgeschichte

Selbstbestimmung als ethischer Wert und als Ziel wird insbesondere im Individualanarchismus betont. Die Denker William Godwin, Max Stirner und Henry-David Thoreau formulierten Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts wichtige Gedanken zur Kritik der Massengesellschaft und daran, dass Selbstbestimmung an Privilegien gekoppelt ist. Anstatt in der Masse vereinzelt zu sein, gelte es, eine Gemeinschaft zu bilden, in der sich die Einzelnen freiwillig zusammenschließen und als Teil von ihr fühlen können. Statt Möglichkeiten zur Selbstbestimmung auf Kosten anderer zu erlangen, sollten umgekehrt die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass bedingungslos alle sich selbst bestimmen können (vgl. CONTRASTE Nr. 461, Februar 2023).

ANZEIGE

Selbstbestimmung bezieht sich auf das eigene Denken und setzt Skepsis gegen vorgefertigte Wahrheiten voraus. Mit ihr wird das individuelle Fühlen und Begehren betont, was ein Hineinspüren in sich selbst verlangt. Und sie betrifft das Handeln, um über Zwecke und Abläufe von Tätigkeiten selbst zu entscheiden. Anarcho-Kommunist*innen wie Carlo Cafiero formulierten sie ebenfalls als Ziel – meinten aber, dass es umso mehr die Gesellschaftsstrukturen zu verändern gilt, um sie für alle möglich zu machen. Ebenso verbanden zum Beispiel Errico Malatesta und Emma Goldman ihre sozial-revolutionären Perspektiven mit einem Lebensstil, bei dem Selbstbestimmung eine große Rolle spielte.

Anarchistische, liberale und demokratisch eingestellte Gruppierungen kämpften bereits während des 19. Jahrhunderts für die Ausweitung von Selbstbestimmungsrechten (zum Beispiel Freiheit der Meinung, Religion, des Begehrens usw.). Das 20. Jahrhundert erschien als Epoche der Massengesellschaft, mit ihren Institutionen der Massenfabrik, der Arbeiterviertel, Schulen, dem Militär, der staatlichen Verwaltung und so weiter. Das subversive Streben nach Selbstbestimmung wurde durch totalitäre Gesellschaftssysteme wieder in staatlich-kapitalistische Bahnen gelenkt. Gleichzeitig neigten offenbar viele Menschen aufgrund von Überforderung, Ängsten und Anstrengungen dazu, Selbstverantwortung und damit Selbstbestimmung abgeben zu wollen. Als Projektion wenden sie sich bis heute häufig sogar gegen die Selbstbestimmungsforderung von Anderen.

Das Schweigen über die NS-Zeit und der bedrückende Konservatismus der Nachkriegszeit mit seinen erneuerten patriarchalen Familienstrukturen waren ein wichtiger Faktor, dass es weltweit um 1968 herum zu großen Befreiungsschlägen kam. Endlich konnten, durften und sollten die Einzelnen eine Rolle spielen und selbst denken, fühlen und handeln! Die Selbstbestimmung der Einzelnen wurde zur Zielvorstellung, wie auch zur Motivation für das eigene Engagement und zur Anforderung an selbstorganisierte Gruppen, die nach Emanzipation strebten. Zweifellos veränderte sich die Gesellschaft damit, vor allem auf lange Sicht. Im selben Zuge wurde die Ambivalenz von individuellen Emanzipationsbestrebungen deutlich: Beginnen Gruppen, sich selbst zu bestimmen, greifen sie Raum. Doch welche Voraussetzungen und Fähigkeiten haben sie dafür im Verhältnis zu anderen, die ebenfalls Bedarf an Selbstbestimmung haben?

Kontroverse Debatten um Selbstbestimmung

In anarchistischen Gruppen heute wird Selbstbestimmung einerseits bejaht und gefeiert, ja häufig vorausgesetzt, um respektiert zu werden und Teil einer Szene sein zu können. Andererseits gibt es immer wieder Konflikte über die gemeinsamen Aufgaben und Ziele, über Verbindlichkeit und Kontinuität. Hinter derartigen Konflikten verbirgt sich häufig eine unklare Kommunikation über Erwartungen, Wünsche, Kapazitäten und Gewohnheiten, welche die Mitglieder einer Gruppe haben. Die simple Antwort auf derartige Konflikte scheint zu sein, dass echte Selbstbestimmung nur in Bezug auf die Anderen möglich ist und erst durch die Gemeinschaft überhaupt gewährleistet werden kann. Also müssen wir miteinander darüber sprechen. Doch das ist einfacher gesagt als getan. Um Bedürfnisse und Wünsche auszuhandeln, braucht es Zeit, die Bereitschaft, sich aufeinander einzulassen, sowie Entscheidungen.

Selbstbestimmung ist aktuell insbesondere in Diskussionen um Schwangerschaftsabbruch, Impfen und Konsum präsent. Die Sichtweisen darauf sind vom Verständnis von Natur und dem Bezug zur modernen Gesellschaft geprägt. Inwiefern darf und sollte die Gesellschaft in individuelle Körper eingreifen, wenn dies technisch möglich ist? Derartige Bevölkerungspolitik, die autoritär-konservativ flankiert wird, findet heute überall statt. Oft genug steht dabei hierzulande die rassistische Vorstellung des Aussterbens von sogenannten »Biodeutschen« im Hintergrund.

Beim Impfen handelt es sich um eine gesellschaftliche Errungenschaft, für die es aus prinzipiellen Gründen eine selbstbestimmte Entscheidung geben sollte. Schließlich geht es um einen Eingriff in den eigenen Körper, woran Selbstbestimmung am deutlichsten wird. Ich persönlich finde es richtig, dass Einzelne sich hierbei in ihrer Selbstbestimmung zurückstellen – um das Risiko zu senken, dass andere erkranken und also in ihrer Selbstbestimmung ganz wesentlich eingeschränkt werden. Und dennoch untergräbt ein gesetzlicher Zwang dazu – oder auch ein moralischer Druck – gerade die Fähigkeit und Möglichkeit von realer Selbstbestimmung.

Beim Gebiet der Konsumentscheidungen möchte ich an dieser Stelle kein konkretes Beispiel anführen. Denn wie viel Unsinn wurde uns im neoliberalen Kapitalismus als total individuelle Entscheidung verkauft, wie viele langweilige Ratgeber gibt es, in denen wir aufgefordert werden »ganz wir selbst« zu sein, unseren »eigenen Weg« zu gehen und »zu werden, wer wir sind«. Ob es sich um Urlaubserlebnisse, romantische Dates, Yoga, Autos, exotisches Essen oder die Kücheneinrichtung handelt – letztendlich handelt es sich um Dinge, Erlebnisse und Menschen, die wir im kapitalistischen Rahmen konsumieren sollen.

Wiederaneignung eines ethischen Wertes

In anarchistischen Kreisen gibt es schon sehr lange Debatten darüber, wie es möglich ist, dass Menschen — ausgehend von den gesetzten gesellschaftlichen Bedingungen — anfangen, sich »wirklich« selbst zu bestimmen. Wie können Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Selbstbestimmung ausgeweitet werden? Und bei wem sollte damit angefangen werden? Darüber gilt es, sich konstruktiv und solidarisch zu streiten. Eine ethische Debatte darüber muss insbesondere weiter geführt werden, weil der Selbstbestimmungsdrang, der sich ab den 70er-Jahren Bahn brach, als ein wesentliches ideologisches Element in der Herrschaftsordnung aufgegriffen wurde. Auch wenn das neoliberale System mittlerweile an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde geht, gibt es einige »progressive« Aspekte darin, die Selbstbestimmung betreffen (zum Beispiel Förderung individueller Begabungen, Diversität in der Repräsentation, Akzeptanz queerer Identitäten, usw.). Aktuell wird »Selbstbestimmung« wieder stärker an Privilegien und Besitz gekoppelt. Mit dieser anti-sozialen Konzeption wird letztendlich die Verfügung von alten, weißen, westlichen, reichen Männern über alle anderen Menschen wieder hergestellt. Dies geht mit gewaltvollen Strukturen einher, durch die sich viele Menschen gegeneinander ausspielen oder sogar aufhetzen lassen. Daraus gehen Ungleichheiten hervor, die dann wiederum als angeblich natur- oder gottgegeben oder einfach mit der Ablehnung von gesellschaftlicher Verantwortung gerechtfertigt werden.

Stattdessen soll Selbstbestimmung für alle gelten und einen anderen Charakter haben als in der staatlich-kapitalistischen Gesellschaftsform.

In seiner Artikelreihe beschreibt Jonathan Eibisch Konzepte der anarchistischen Theorie - möglichst anwendungsbezogen und verständlich. Der erste Beitrag zum Begriff »Autonomie« (CONTRASTE Nr. 489, Juni 2025) kann unter contraste.org nachgelesen werden. In der November-Ausgabe wird es um den Begriff »Selbstorganisation« gehen.

Weitere Gedanken und Aktivitäten von Jonathan Eibisch können auf seinem Blog paradox-a.de nachgelesen werden.

Definition

Selbstbestimmung meint, dass Menschen individuell über ihre Körper verfügen und ihr Leben selbst gestalten und entfalten können. Dazu gehört die Reflexion über das eigene Denken, Fühlen und Handeln und dessen bewusste Ausrichtung nach eigenen Vorstellungen und Wünschen. Im anarchistischen Sinne soll Selbstbestimmung für alle Menschen gelten und daher nicht an Privilegien gekoppelt sein. Weiterhin steht »echte« Selbstbestimmung demnach im Konflikt mit herrschenden Ideologien. Als ethischer Wert stellt Selbstbestimmung eine wesentliche Zielvorstellung für eine libertär-sozialistische Gesellschaftsform dar und beinhaltet zugleich den Anspruch, sie im Hier und Jetzt umzusetzen und auszuweiten.

INFRASTRUKTURGENOSSENSCHAFTEN

Versorgung im ländlichen Raum organisieren

Infrastrukturgenossenschaften werden genutzt, um finanziell schwache kommunale Haushalte zu entlasten und den Zusammenhalt im ländlichen Raum zu stärken. Doch was sind Infrastrukturgenossenschaften, welche rechtlichen Grundlagen gibt es, und warum sind sie besonders im ländlichen Raum so relevant?

ALENA MARIE RATHKE, HALLE

In einer Zeit knapper kommunaler Haushalte kann die Schließung öffentlicher Infrastrukturen drohen. Infrastrukturen sind Einrichtungen, die in einer hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft elementare Alltagsgüter und -dienstleistungen bereitstellen, jedoch nicht von einem Individuum hergestellt werden können. Dazu gehören beispielsweise Einrichtungen, die Mobilität ermöglichen, die Haushalte mit Energie versorgen, die Menschen pflegen oder die der Nahrungsversorgung dienen. Zudem ermöglichen Infrastrukturen den Gebrauch darüber hinausgehender Grundrechte und Freiheiten wie den Zugang zu Bildung und Kultur.

Lokale Infrastruktur stärken

In der Regel werden lokale Infrastrukturen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung hergestellt und betrieben (in Ausübung der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie aus Art. 28 Abs. 2 S. 1 Grundgesetz (GG)). Unabhängig von der Kommune – und damit deren finanziellen und politischen Erwägungen – können Bürger*innen auch durch selbstverwaltetes Engagement Infrastrukturen herstellen. Organisatorisch stehen ihnen Instrumente der Selbstverwaltung zur Verfügung: private juristische Personen. Aufgrund ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen eignet sich insbesondere die eingetragene Genossenschaft (eG) für den Betrieb von Infrastrukturen durch Bürger*innen. Seit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert bis heute hat sich die eG als Selbsthilfemittel bewährt.

Ihre Struktur ist durch die sogenannten Genossenschaftsprinzipien geprägt: Selbsthilfe – Selbstverwaltung – Selbstverantwortung. Diese Prinzipien finden sich in unterschiedlicher Form in der gesetzlichen Grundlage der eG wieder. Im Genossenschaftsgesetz (GenG) ist zum Beispiel eine bedarfsgerechte Förderwirtschaft (§ 1 Abs. 1 GenG), eine demokratische Struktur (vgl. § 43 Abs. 3 GenG) und ein niedrigschwelliger Beitritt (§ 15 GenG; seit dem 1. Januar 2025 auch digital möglich) normiert. In diesen vorgegebenen Strukturen können Bürger*innen in gegenseitiger Hilfe eine Infrastruktur(-genossenschaft) selbst errichten, aufrechterhalten und betreiben. Auch im ländlich geprägten Raum übernehmen Infrastrukturgenossenschaften immer öfter die Verwaltung von regionalen Infrastrukturen wie zum Beispiel die Versorgung mit Energie oder mit Konsumgütern. In einer Kommune ist neben verschiedenen Dienstleistungen und materiellen Gütern indes auch das »Miteinander sein« relevant. Gemeinschaftliche Bedarfe können an sozialen Orten wie Sportstätten, Kulturstätten oder Orten der Nahversorgung wie eben Gaststätten gedeckt werden. In Gaststätten kann der Austausch über Privates, Berufliches und Politisches stattfinden und Momente des Zusammenseins können erlebt werden. Grundsätzlich ist der Zugang zu Gaststätten relativ barrierearm; es bedarf keines besonderen Interesses an Sport oder Kultur, noch einer bestimmten Herkunft, Einkommen oder Geschlecht. Der offene Zugang zu gemeinschaftlichen Erfahrungen und gesellschaftlichem Austausch kann den kommunalen Zusammenhalt stärken.

▲ Genossenschaft ist Gemeinschaft. Illustration: Bertil Brahm

Wie im Allgemeinen die Zahl von Infrastrukturen im ländlichen Raum, geht auch die Zahl der dörflichen Gaststätten zurück. Um dem entgegenzuwirken, kann mit einer engagierten Gemeinschaft kooperativ der Betrieb einer Gaststätte übernommen werden. Dafür bietet sich die Rechtsform der Genossenschaft an. Obwohl grundsätzlich die Genossenschaft ein Selbsthilfeverein ist und damit die Mitglieder durch ihren Geschäftsbetrieb zu fördern hat (§ 1 Abs. 1 GenG), können Genossenschaften auch Personen, die keine Mitglieder sind, bedienen, soweit dies der Mitgliederförderung dient (vgl. § 8 Abs. 1 Nr. 5 GenG).

Offene Orte des Miteinanders

Infrastrukturgenossenschaften sind eine selbstverwaltete Alternative, insbesondere wenn kommunale oder marktwirtschaftliche Angebote fehlen. Durch ihre Ausrichtung an den jeweiligen Bedarfen stellen sie auch im ländlich geprägten Raum ein geeignetes Instrument dar, um an lokale Gegebenheiten angepasste Infrastrukturen zu verwalten. Genossenschaftliche Gaststätten können neben der Deckung materieller Bedarfe den Zusammenhalt stärken, indem sie einen offenen Ort des Miteinanders bieten.

Der Beitrag ist i.R.d. Arbeitspakets »Kooperative Rekonfigurationen von Infrastrukturen als gesellschaftliche und rechtliche Entwicklung« des durch das BMBF geförderten Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) entstanden.

GENOSSENSCHAFTLICHE GASTSTÄTTEN IN DEUTSCHLAND

Mit Engagement Begegnungsorte erhalten

Gaststätten sind ein zentraler Bestandteil der Nahversorgung. Sie erfüllen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch wichtige soziale Funktionen: Als Treffpunkte fördern sie das Zusammenleben, schaffen Gemeinschaft und stärken lokale Identität. Doch vielerorts stehen genau diese Einrichtungen vor dem Aus. In einer Befragung von Gründer*innen genossenschaftlicher Gaststätten zeigt sich: Die genossenschaftliche Rechtsform erweist sich als besonders geeignetes Instrument für eine engagierte Zivilgesellschaft. Sie hilft dabei, traditionelle Betriebe zu retten - und ermöglicht zugleich gelebte Demokratie und ein solidarisches Miteinander.

JOSCHKA MOLDENHAUER, KÖLN

In Deutschland ist die Zahl von Kneipen und Restaurants in den letzten beiden Jahrzehnten stark zurückgegangen. Zwischen 2002 und 2023 sank die Zahl der Restaurants um rund 28 Prozent, die der Kneipen sogar um mehr als die Hälfte. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben diesen Rückgang kurzzeitig beschleunigt, wobei es in den Jahren 2022 und 2023 nach dem starken Einbruch wieder mehr Betriebe gab als zuvor – ohne jedoch den langfristigen Abwärtstrend grundsätzlich aufzuhalten. Besonders betroffen sind ländliche Regionen, in denen Gaststätten oft einige der letzten öffentlichen Treffpunkte sind. An vielen Orten drohen genau die Einrichtungen zu verschwinden, die für geselliges Beisammensein, kurze Wege und spontane Begegnungen stehen.

Eine wachsende Zahl von Menschen will sich mit dem Verlust dieser Räume nicht abfinden. In vielen Regionen haben sich Bürger*innen zusammengeschlossen, um selbst Verantwortung zu übernehmen und Gaststätten gemeinschaftlich zu betreiben – oftmals in der Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft. Aktuell gibt es in Deutschland rund 30 bis 40 solcher Projekte. Häufig sind sie entstanden, weil die Schließung einer lokalen Traditionskneipe drohte oder bereits vollzogen war. Die Initiative zur Gründung kommt meist aus der Mitte der Dorfgemeinschaft – getragen von der Überzeugung, dass Begegnungsorte für das soziale Gefüge unerlässlich sind.

Orte für Begegnung, Kultur und Teilhabe

Die wichtigsten Motive für eine Gründung sind eng mit dieser sozialen Funktion verbunden: der Erhalt bzw. die Schaffung eines Treffpunkts, die Stärkung des allgemeinen Zusammenhalts, die Belebung des Ortes oder der Stadt, das Anbieten von Kultur- und Freizeitaktivitäten sowie die Weiterführung örtlicher Traditionen. Die Rechtsform der Genossenschaft bietet dabei viele Vorteile. Als bedeutendstes Merkmal für die Wahl der Rechtsform sticht die demokratische Entscheidungsfindung hervor, gefolgt von der Haftungsbeschränkung, dem Image der Rechtsform und der geringen Insolvenzquote. Gerade die Möglichkeit, dass viele Menschen gemeinsam Verantwortung übernehmen und profitieren, macht den Erfolg solcher Modelle aus.

Die Gründung einer genossenschaftlichen Gaststätte ist anspruchsvoll. Rechtliche, organisatorische und finanzielle Hürden müssen genommen werden – von der Entwicklung eines tragfähigen Geschäftsmodells bis zur Anerkennung durch den Genossenschaftsverband. Die Erfahrung zeigt: Entscheidend sind ein engagiertes Kernteam, eine klare Idee vom Nutzen der Gaststätte für den Ort, eine gute Vernetzung und ein Konzept, das sowohl betriebswirtschaftlich als auch gesellschaftlich überzeugt. Auch unternehmerische Kompetenzen, Projektmanagement und Zeit spielen eine große Rolle.

Trotz der Hürden zeigen sich die befragten Gründer*innen rückblickend sehr zufrieden. Die meisten Projekte entwickeln sich stabil oder wachsen weiter – oft auch über die ursprünglich gedachte Funktion hinaus. Einige übernehmen zusätzliche Aufgaben im Dorfleben, andere kooperieren mit örtlichen Vereinen oder veranstalten Kulturprogramme. Die kollektive Trägerschaft macht viele Betriebe krisenfester, wie sich etwa in der Corona-Zeit gezeigt hat. Die Risiken verteilen sich auf viele Schultern, die Bindung an den Ort stärkt die Unterstützung durch die Bevölkerung.

Prinzip der gemeinsamen Selbsthilfe

Auch wenn die Bandbreite gemeinschaftlich betriebener Gaststätten über die Genossenschaft hinausreicht – etwa als eingetragene Vereine oder kollektiv organisierte GmbHs – erweist sich die eingetragene Genossenschaft häufig als geeignete Rechtsform für solche Projekte. Die Genossenschaft basiert auf dem Prinzip der gemeinsamen Selbsthilfe und fördert durch ihre horizontale Struktur eine demokratische, egalitäre Organisations- und Lebensform. Sie verbindet unternehmerisches Handeln mit demokratischer Teilhabe, regionaler Verantwortung und langfristiger Stabilität.

Genossenschaftliche Gaststätten sind mehr als wirtschaftliche Betriebe. Sie sind modellhafte Orte für nachhaltiges Zusammenleben, in denen lokale Fürsorge, Teilhabe und Solidarität konkret erlebbar werden. Sie zeigen, was möglich ist, wenn Menschen vor Ort gemeinsam Verantwortung übernehmen – und schaffen Räume, in denen das soziale Leben einer Region nicht nur erhalten bleibt, sondern neu aufblühen kann.

ANZEIGE

Zeitungen für Gefangene!

In Gefängnissen gibt es keinen Zugang zu digitalen Informationen.

Bitte spenden Sie »contraste« zum Preis von 52,00 € jährlich oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
Sozialbank
IBAN: DE06 3702 0500 0003 0854 00
Kennwort: »contraste«
www.freiabos.de

Photo © Beate Pundt

Freiabonnements für Gefangene e.V.
Information und Bildung für Menschen in Haft

DORFSCHÄNKE ALT MERZBACH EG

Was bleibt, wenn alles schließt?

Was ist, wenn im eigenen Dorf die letzte Kneipe schließt? Genau mit dieser Frage sah sich Neukirchen-Merzbach, ein kleiner Höhenort der Stadt Rheinbach, im Frühjahr 2023 konfrontiert. Eine Tankstelle, eine Bücherei, ein Kindergarten, eine Schule, ein Sportplatz, ein alteingesessenes Restaurant – das gab und gibt es hier. Und bis Anfang 2023 auch eine Dorfkneipe. Doch diese drohte zu verschwinden – und damit ein wichtiger Treffpunkt im Ort.

TEAM DER DORFSCHÄNKE ALT MERZBACH EG, NEUKIRCHEN-MERZBACH

Als feststand, dass das »Alt Merzbach« schließen muss, stand die Frage im Raum: Ist nun endgültig Schluss? Die Antwort kam aus der Mitte des Dorfes. Einige engagierte Merzbacherinnen und Merzbacher wollten das Aus der traditionsreichen Kneipe nicht hinnehmen. Also wurde überlegt, diskutiert, sich Rat geholt. Schließlich formte sich eine Idee: Wenn es keinen Wirt mehr gibt – dann wird eben selbst übernommen. Damit war der erste Schritt getan, bis zur Eröffnung Ende Oktober 2023 waren jedoch noch viele weitere erforderlich.

Vor allem gab es jede Menge Papierkram zu erledigen: Businessplan erstellen, Satzung erarbeiten, Konzession beantragen, Konto eröffnen, Versicherung klären, Steuerberater finden. Unterstützung kam von zwei anderen genossenschaftlich geführten Kneipen in der Region – dem Siegtaler Hof in Windeck-Herchen und der Gaststätte Jäger in Gummersbach (siehe Beitrag unten). Ihre Erfahrungen gaben uns Mut und Orientierung. Darüber hinaus wurde im Ort eine Umfrage durchgeführt, um den Bedarf nach einer Kneipe und die eventuelle Bereitschaft zur Mitarbeit abzufragen. Das Ergebnis: Große Zustimmung und Begeisterung.

Am 27. August 2023 war es dann endlich so weit. Die ersten 24 Mitglieder gründeten in den leerstehenden Räumen der ehemaligen Dorfkneipe offiziell die Genossenschaft »Dorfschänke Alt Merzbach« – und zwar unter dem Motto: »Miteinander – Füreinander«. Danach folgten mehrere Infotage, an denen Interessierte Genossenschaftsanteile erwerben konnte. Für eine Mitgliedschaft ist mindestens ein Anteil erforderlich, der einmalig 100 Euro kostet. Schnell wuchs die Genossenschaft auf über 100 Mitglieder an. Das erforderliche Startkapital stand innerhalb kurzer Zeit zur Verfügung, sodass am 31. Oktober 2023 die offizielle Neueröffnung der Dorfschänke gefeiert werden konnte.

▲ Die Dorfschänke Alt-Merzbach wird als Genossenschaft geführt – mit regelmäßigem Thekenbetrieb an zwei Abenden in der Woche. Foto: Dorfschänke Alt-Merzbach eG

Seitdem wird die Dorfschänke als Genossenschaft geführt – mit regelmäßigem Thekenbetrieb an zwei Abenden in der Woche. Hinzu kommt der Sonntag als ganzer Öffnungstag mit Frühschoppen, Kaffee und Kuchen und Abendbetrieb. Damit wird bereits ein Großteil der Einnahmen generiert, die zur nachhaltigen Fortführung notwendig sind. Zusätzlich finden Konzerte, Lesungen und weitere Veranstaltungen statt. Diese Einnahmen ermöglichen es, die Räume für kostenfreie Angebote zur Verfügung zu stellen: Handarbeitskränzchen, Spieletreffs, Dart, Bingoabende, Kneipenquiz, einen E-Bike-Stammtisch, einen Frauenstammtisch und Skatrunden. Die Angebote finden sowohl zu den Öffnungszeiten als auch außerhalb statt und sind alle kostenfrei.

Die Genossenschaft und sämtliche damit verbundenen Aktivitäten basieren auf bürgerschaftlichem Engagement. Denn alle Beteiligten bringen sich ehrenamtlich ein. Heißt konkret: Die gesamten Aufgaben und Leistungen, die zur Gründung der Genossenschaft und zur Eröffnung der Dorfschänke nötig waren, wurden von den Mitgliedern freiwillig und unentgeltlich erfüllt bzw. erbracht. Und das waren nicht wenige. Allein der bürokratische Aufwand zur Gründung einer Genossenschaft inklusive Businessplan hat unzählige Stunden gekostet. Auch der Betrieb der Dorfschänke basiert ausschließlich auf freiwilliger ehrenamtlicher Arbeit. Das Team aus aktiven Helferinnen und Helfern umfasst rund 60 Personen.

Die Struktur der Genossenschaft selbst gewährleistet eine klare Verantwortungsstruktur. Der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Mitgliederversammlung bilden die zentralen Organe, die für eine ordnungsgemäße und transparente Geschäftsführung sorgen. Zusätzlich sichert der Genossenschaftsverband die Einhaltung rechtlicher Rahmenbedingungen und fördert die genossenschaftlichen Prinzipien. Um die vielfältigen Aufgabenbereiche des Betriebs und die kulturellen (Mitmach)angebote optimal zu organisieren, wurde eine Aufteilung in verschiedene Teams vorgenommen: zum Beispiel Thekenteam, Veranstaltungsteam, Küchenteam.

Seit der Gründung der Genossenschaft 2023 wurden wichtige Weichen gestellt, um die Dorfschänke »Alt Merzbach« im Ortskern als Begegnungs- und Kulturstätte zu erhalten, zu betreiben und weiterzuentwickeln. Sie ist aktiver Bestandteil des Dorflebens. Es wurde ein Ort geschaffen, an dem sich Menschen ohne Verpflichtung treffen können und wollen – weil ihn viele gemeinsam tragen.

Link: alt-merzbach.de

GENOSSENSCHAFT GASTSTÄTTE JÄGER EG

»Wir trinken uns unser Dorf schön«

ANZEIGE

graswurzel revolution

Grafik: W. Porwol

GWR 500 – Sommer 2025

Einzelexemplar: 4,50 €
Probeexemplar oder Abo:
www.graswurzel.net

Als in Hülsenbusch 2012 die letzte Dorfkneipe vor dem Aus stand, beschlossen zwei engagierte Bewohner, dem sozialen Herz des Ortes neues Leben einzuhauchen – und gründeten eine Genossenschaft. Was als spontane Idee bei einem Bier begann, entwickelte sich zu einem Modellprojekt für gelebte Dorfgemeinschaft: Die Gaststätte Jäger eG wurde zum Zentrum des Miteinanders, brachte das Dorf zum Blühen und inspiriert inzwischen bundesweit ähnliche Initiativen.

ANDREAS DÖHL UND SVEN KIEBLER, HÜLSENBUSCH

Es war 2012, als bekannt wurde, dass die baldige Schließung der letzten Kneipe in Hülsenbusch, einem kleinen Dorf mit knapp 1.000 Seelen in der Nähe von Gummersbach, ansteht. Zwei zugezogene Hülsenbuscher, die sich schon früh in der Dorfgemeinschaft engagiert hatten und so schnell ein Teil der Gemeinschaft wurden, wollten das nicht hinnehmen. Die Gaststätte Jäger, als letzte von früher sieben Kneipen in und um Hülsenbusch, war ein Treffpunkt, der von den Dorfbewohner*innen gerne aufgesucht wurde. Altersbedingt wollten die Betreiber in den wohlverdienten Ruhestand gehen und der Eigentümer hatte schon Pläne für den Umbau der Kneipe in Wohnungen in der Schublade liegen. Klar war: Mit der Schließung der Kneipe würde ein zentrales, soziales Element im Dorf verloren gehen. Zunächst aus Spaß fingen die beiden Initiatoren an, bei dem ein oder anderen Bier über Alternativen nachzudenken. Ein Umbau des eigenen Kellers oder Stalls und die Übernahme der Möbel und Theke aus der Kneipe waren die ersten Ideen, aber mit sehr viel Aufwand verbunden.

Auch stellte sich die Frage nach der Unternehmensform: Verein – kein offenes Besucherkonzept, GmbH – zu hohe Einmalkosten, GBR – volle private Haftung. Alle Unternehmensformen hatten ihre Nachteile. Als bekannt wurde, dass der Dorfladen in Thier bei Wipperfürth als Genossenschaft betrieben wird, waren die beiden Initiatoren Feuer und Flamme. Warum nicht die Gaststätte übernehmen, so erhalten, wie sie ist und das als Genossenschaft? Ein sehr positives Feedback kam von vielen, mit denen über die Idee gesprochen wurde. Und es wurde spontan immer wieder Unterstützung angeboten. Auch wenn es einige kritische Stimmen gab, erwies sich die Idee als überzeugend und wurde umgesetzt.

Ein Besuch und Austausch mit den Genossen des Dorfladens in Thier bekräftigten die Entscheidung. Ein erster vorläufiger Geschäftsplan wurde erstellt. Am Ende dauerte die Planung fast ein Jahr. Gespräche mit dem Eigentümer, der Brauerei, den Dorfbewohner*innen folgten. Schließlich war es so weit, fünf Personen erklärten sich bereit, für den Aufsichtsrat zu kandidieren und die beiden Initiatoren für den Vorstand. Unterstützt wurden sie von dem Rheinisch Westfälischen Genossenschaftsverband (mittlerweile Genoverband e.V.). Die Anforderungen des Genossenschaftsverbands wurden Stück für Stück erarbeitet.

Die letzte Runde? Nicht mit uns!

Am 27. Juni 2014 fand die Genossenschaftsgründung mit der vorgesehenen Gremienbesetzung statt. Eine Satzung wurde verabschiedet und von da an konnten als eG in Gründung alle notwendigen Schritte eingeleitet werden, wie der Gang zum Notar und die Anmeldung des Gewerbes bei der Stadt. Glücklicherweise war es möglich, die vorhandene Konzession zu übernehmen. Das ersparte viel Arbeit. Bei einer großen Beitrittsveranstaltung im Juli 2014 in der Schützenhalle Hülsenbusch wurden 170 Anteile gezeichnet. Bei 100 Euro pro Anteil kamen an dem Abend 17.000 Euro zusammen und das ergab 7.000 Euro mehr, als ursprünglich als minimales Startkapital geplant war. Für den ehrenamtlichen Betrieb meldeten sich 25 Personen für den Thekendienst und die Kneipe konnte am 19. September 2014 feierlich eröffnet werden. Die Gaststätte Jäger eG hat seitdem außer mittwochs und samstags jeden Tag ab 18 Uhr geöffnet.

In den elf Jahren seit Öffnung der Gaststätte Jäger als Genossenschaft ist das Thekenteam auf 60 Ehrenamtliche, auch aus den umliegenden Dörfern, angewachsen. Die Anteile haben sich auf 351 bei 278 Mitgliedern erhöht. Sieben weitere Genossenschaften gründeten sich bundesweit nach dem Vorbild der Gaststätte Jäger eG. Eine davon ist das Ärztehaus in Hülsenbusch, das ebenfalls mit viel ehrenamtlichem Engagement gebaut wurde. Immerhin ging es hier um eine Investition von 2,4 Millionen Euro. Den Initiatoren liegen derzeit mehrere Anfragen für die Beratung zur Gründung einer Kneipengenossenschaft vor.

Das Dorf ist mit der Gründung enger zusammengerückt, es gibt keinen Leerstand mehr, der Kindergarten wurde neu gebaut und die Grundschule hat ein neues Gebäude für den offenen Ganztagsbetrieb bekommen. Unter anderem ist ein Wochenmarkt entstanden. Hülsenbusch und seine Umgebung erfahren durch den Erhalt der Kneipe viel Positives. So stieg die Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement bei Jung und Alt, ob in der Kneipe oder in anderen Projekten. Die Gewinne der Gaststätte fließen satzungskonform ins Dorf und die Umgebung zurück. Und hier schließt sich der Kreis: »Wir trinken uns unser Dorf schön!«

Link: www.dorf-huelsenbusch.de/kneipe

TRINK—GENOSSE EG, KÖLN

Eine Bar als Demokratie-Experiment

In Zeiten wachsender Politikverdrossenheit, autoritärer Versuchungen und schwindender Wahlbeteiligung stellt sich eine zentrale Frage: Wie kann Demokratie im Alltag gestärkt werden? Die Antwort von Trink—Genosse: durch Praxis. Die Kölner Genossenschaftsbar Trink—Genossin versteht sich als ein Experimentierraum für Demokratie zum Mitmachen.

KAI BERTHOLD, ANKE RIEMER & JOSCHKA MOLDENHAUER, KÖLN

▲ (Coronabedingt verspätete) Eröffnungsfeier am 14. May 2022 Foto: Sergei Belov

Die Trink—Genosse eG wurde 2019 gegründet; im selben Jahr eröffnete die Trink—Genossin, die erste und bisher einzige genossenschaftliche Kneipe Kölns. Die Idee dahinter ist radikal einfach: Menschen sollen Demokratie dort erleben, wo sie ohnehin zusammenkommen. Über Beteiligung an Getränkeauswahl, Preisgestaltung, Einrichtung oder Programm entwickeln Mitglieder und Gäste demokratische Kompetenzen, Vertrauen in kollektive Prozesse und ein Gespür für demokratische Aushandlung. Die Methode dahinter ist bekannt als Demokratiepädagogik: Lernen durch Erleben.

Bisher findet Demokratiepädagogik fast ausschließlich in Schulen statt – doch dort stößt sie an Grenzen. Schulen sind hierarchisch organisiert, Lehrpläne und Strukturen vorgegeben, Mitbestimmung oft begrenzt. Erwachsene, die politische Entscheidungen tragen, bleiben außen vor, obwohl sie Verantwortung übernehmen müssen. Die genossenschaftliche Kneipe bietet Erwachsenen nun die Möglichkeit, Demokratie praktisch, freiwillig und alltagsnah zu üben.

Trink—Genosse nutzt zwei bekannte, aber neu kombinierte Formate:

1. Die Genossenschaft ist rechtlich-demokratisch verfasst: Jedes Mitglied hat eine Stimme unabhängig vom Kapitaleinsatz. Alle teilen sich die Verantwortung und sind mit dem Projekt identifiziert. Eine ideale Voraussetzung, um echte Demokratie-Erlebnisse zu ermöglichen.
2. Die Kneipe ist Ort des sozialen Austauschs, der Nähe und Alltagskultur. Hier begegnen sich Menschen auch ohne politische Erwartung. Dadurch sind sie offen für neue Erfahrungen.

Diese Kombination macht die Bar zu einer »demokratischen Spielwiese«: Es gibt zahllose Entscheidungen zu treffen, von Preisen, über Öffnungszeiten, zu Soli-Modellen, Musik oder Raumgestaltung. All das sind demokratische Mikro-Prozesse mit Lerneffekt.

Ein zentrales Prinzip hinter Trink—Genosse: Demokratie als Nebenwirkung. Viele Menschen kommen zunächst, um etwas zu trinken, nette Leute zu treffen oder von solidarischen Preisen zu profitieren. Einige werden Mitglied, um Vorteile wie günstigere Preise zu erlangen. Doch sobald sie Teil der Genossenschaft sind, werden sie mit Beteiligung konfrontiert. Sie werden eingeladen, mitzuentscheiden, zu gestalten, Verantwortung zu übernehmen. Das Projekt versteht sich daher auch als »Trojanisches Pferd«: Es holt Menschen dort ab, wo sie stehen und öffnet ihnen einen Raum für demokratische Erfahrung.

Um Mitwirkung konkret und niederschwellig zu gestalten, hat Trink—Genosse eigene Formate entwickelt, darunter:

1. Monatliches Plenum: Offener Raum für Austausch, Diskussion, Aktuelles und Projektinitiativen.
2. Getränkedemokratie: Mitglieder entscheiden gemeinsam, welche neuen Getränke ins Sortiment aufgenommen werden.
3. Beat—Genossin: Gäste können eigene Platten auflegen und so den Abend musikalisch mitgestalten – unbezahlt, aber mit Applaus und Neuentdeckungen für alle.
4. Soli-Fenster: Trink—Genosse solidarisiert sich mit verwandten Bewegungen, indem es die jeweiligen Flaggen in ihrem Soli-Fenster hochhält. Um die Pluralität der Gruppe dazustellen, wird die Bestückung regelmäßig im Plenum neu verhandelt.
5. Soli-Getränke: An der Theke können unter dem Motto »Drink doch ene met« Soli-Gutscheine gekauft werden, um anderen unbekannten Person ein Getränk zu spendieren.
6. Manifluid: Das Manifluid beinhaltet den Wertekanon des Projekts. Anders als in einem Manifest ist dieses aber explizit auf Veränderung und Verhandlung angelegt, um der (personellen) Entwicklung des Projekts Rechnung tragen zu können.

Diese Formate machen politische Prinzipien begreifbar und zugänglich – ohne pädagogischen Zeigefinger, aber mit klarem Lerneffekt.

Das Projekt Trink—Genosse ist nicht nur Praxis, sondern auch Gegenstand von Forschung. Eine qualitative Erhebung zeigte, dass in der Genossenschaft Beteiligte positive Veränderungen in demokratischen Kompetenzen wie Urteilsfähigkeit, Perspektivenübernahme und Konfliktverhalten beschreiben. Besonders in aktiven Aushandlungsprozessen berichteten Mitglieder von gestiegenem Verantwortungsgefühl, stärkerem zivilgesellschaftlichen Engagement und einem komplexeren Demokratieverständnis (siehe CONTRASTE Nr. 451, April 2022).

Trink—Genosse zeigt: Demokratie lässt sich nicht verordnen, sie muss gelernt, geübt, erfahren werden. Und zwar nicht nur von Kindern in der Schule, sondern von Erwachsenen mitten im Leben. Die Kombination aus Genossenschaft und Kneipe schafft einen alltagsnahen Zugang zur Demokratie, der mal spielerisch mal ernsthaft ist, aber immer gemeinschaftlich. In Zeiten politischer Erschöpfung bietet das Projekt so einen kleinen, aber wirksamen Gegenentwurf: eine gelebte Demokratie im Maßstab 1:1.

Link: trink-genosse.de

INTERVIEW MIT FILMEMACHER HUBERT NEUFELD

»Fanni – Oder: Wie rettet man ein Wirtshaus?«

Über drei Jahre hat Filmemacher und Kameramann Hubert Neufeld in seinem Heimatdorf Pischelsdorf in Oberbayern die Wiederbelebung einer 40 Jahre lang leerstehenden Gaststätte als Genossenschaft begleitet. Im Interview mit CONTRASTE spricht er über Erkenntnisse und Herausforderungen während der Dreharbeiten, die gesellschaftliche Bedeutung von Gaststätten sowie Chancen und Risiken genossenschaftlicher Gaststätten. Das Interview führte Julia Beideck vom Seminar für Genossenschaftswesen der Universität zu Köln.

CONTRASTE: Was war deine Motivation, diesen Film zu drehen?

Hubert Neufeld: Gleich zu Beginn der Renovierung der alten Dorfwirtschaft in Pischelsdorf fragte mich mein Onkel – selbst Teil des Projekts – an, eine Art Projektdokumentation für die Dorfgemeinschaft zu erstellen. Ich fand das Vorhaben spannend und habe in der filmischen Dokumentation mit Vorher-Nachher-Bildern und Interviews die Möglichkeit gesehen, einen eigenen Beitrag zum Projekt zu leisten. Schon in den ersten Gesprächen kamen dann so viele persönliche und gesellschaftlich relevante Themen auf, dass mich das Projekt zunehmend fasziniert hat. Über die Zeit sammelte sich immer mehr Material an und mündete schließlich in einem 90-minütigen Film.

▲ Filmemacher Hubert Neufeld Foto: Lukas Leonhardt

Was war deine größte Erkenntnis während der Dreharbeiten?

Meine größte Erkenntnis war, dass es oft nur eine kleine Gruppe engagierter Menschen braucht, um große Dinge ins Rollen zu bringen. Diese Menschen bringen sich mit ihrer Zeit, ihrer Tatkraft und häufig auch mit ihrem Ansehen im Ort, das somit auch aufs Spiel gesetzt wird, ein und ziehen nach und nach immer mehr Menschen und Ideen an. So kann man gemeinsam etwas bewegen, das vorher kaum denkbar war. Besonders schön finde ich die Tatsache, dass hier in den eigenen Lebensort investiert wurde. Der Wert, am Freitagabend ins eigene Wirtshaus gehen zu können, ist unbezahlbar.

Was war deine größte Herausforderung während der Dreharbeiten?

Es gab zwei große Herausforderungen: Zum einen war da eine logistische, weil ich mittlerweile nicht mehr in Pischelsdorf, sondern in München lebe. Mit meinem Vater, dem Bauleiter, habe ich deshalb immer frühzeitig besprochen, wann die wichtigen Sachen passieren, damit ich nichts verpasse. Zum anderen war meine Rollenfindung herausfordernd. Da die Dreharbeiten in meinem Heimatdorf mit mir vertrauten Menschen stattfanden, musste ich lernen, meine berufliche Rolle als Filmemacher mit meinen privaten Verbindungen zu vereinbaren. Rückblickend war es schön zu erleben, wie offen und positiv die Menschen auf den Film reagiert haben.

Welche Rolle spielen Gaststätten heutzutage?

Meiner Ansicht nach verändert sich die Rolle der Gaststätten in der heutigen Zeit und muss sich auch verändern. Gaststätten haben die Chance, viel mehr anzubieten als nur Essen und Trinken, nämlich auch eine Brutstätte für Kultur zu sein. Das kann sich vielfältig ausdrücken: im Kartenspielen, Musizieren oder einfach im Zusammensein und im Austausch. Aus diesen Begegnungen können dann neue Ideen und Projekte entstehen. Im Wirtshaus Fanni hat sich zum Beispiel kürzlich ein Dartverein gegründet, der erste neue Sportverein im Ort seit Jahrzehnten.

Welche Chancen liegen in genossenschaftlichen Gaststätten?

Für Einzelpersonen oder Familien ist es aus wirtschaftlichen Gründen heutzutage kaum noch möglich, eine Gaststätte zu betreiben. Insbesondere in Regionen mit hohen Immobilienpreisen ist es oft attraktiver, Wohn- oder Büroräume zu schaffen, statt öffentlich zugängliche Räume wie eine Gaststätte. Genau da kann ein genossenschaftlicher Ansatz helfen, eine Gaststätte gemeinsam zu tragen und so auch ein anderes Bewusstsein für den Wert solcher Orte zu schaffen. Zudem sehe ich die demokratische Entscheidungsfindung in einer Genossenschaft als große Chance, dass sich jedes Mitglied einbringen und Einfluss nehmen kann.

Welche Risiken liegen in genossenschaftlichen Gaststätten?

Ein Risiko besteht darin, dass die Genossenschaftsmitglieder in finanzielle Vorleistung gehen müssen. Zudem muss man fortlaufend um neue Mitglieder werben und die anfängliche Gründungseuphorie aufrechterhalten. Darüber hinaus ist eine Genossenschaft bürokratisch anspruchsvoll, hat einen hohen Buchhaltungsaufwand und muss sich regelmäßig Prüfungen unterziehen.

Was wünschst du dir, soll das Publikum aus dem Film mitnehmen?

Ich wünsche mir, dass die Zuschauer*innen durch den Film erkennen, wie viel mit einer guten Idee und Eigeninitiative erreicht werden kann – viel mehr als man oft denkt. Zugleich soll der Film aufzeigen, wie wichtig physische Orte, an denen reale Begegnung stattfindet, für eine lebendige Gesellschaft sind. Außerdem macht der Film deutlich, dass große Geschichten manchmal direkt vor der eigenen Haustür liegen und wir nur hinschauen müssen.

Link: dropoutcinema.org/fanni

DAS KIEZ-ECK IN EBERSWALDE

Ein Ort für Gemeinschaft, Kultur und gelebte Solidarität

In der Nähe der Altstadt von Eberswalde befindet sich das Kiez-Eck – eine barrierefreie Kneipe und ein Café, das weit mehr als nur ein gastronomischer Betrieb ist. Seit dem 16. Juli 2022 wird dieser besondere Ort von der Genossenschaft »Die Kiez-Genoss:innen Eberswalde eG« geführt, die sich am 1. Mai 2021 gegründet hat. Ihr Ziel ist es, einen Raum zu schaffen, der soziale Teilhabe ermöglicht, Vielfalt willkommen heißt und demokratisches Miteinander im Alltag erlebbar macht.

GUIDO EICHBAUM, EBERSWALDE

Das Kiez-Eck ist aus dem Wunsch entstanden, die traditionsreiche Eckkneipe »Zur Haltestelle«, die im Oktober 2020 ihre Türen schließen musste, wiederzubeleben. Durch die Geschäftsaufgabe des Betreibers standen die Bewohner*innen des Hauses, Anwohnende und Gäste der Kneipe, vor der gemeinsamen Frage, was aus »ihrer« Ecke werden soll. Wird es wieder eine Kneipe geben, entstehen neue Büros oder zieht hier gar eine Arztpraxis ein? Die Unterstützung der Eigentümer und Vermieter sowie die allgemeine coronabedingte Auszeit der Gastronomie bestärkten das Vorhaben, die Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen.

Die gewünschte Gesellschaftsform, die Genossenschaft, war schnell gefunden. Herausforderungen blieben aber die bürokratischen Hürden bei der Gründung des Unternehmens sowie beim Aufbau einer Gastronomie. Viele Punkte, wie ein Geschäftskonto, Versicherungen und Genehmigungen sind für eine Gruppe engagierter Menschen »in Gründung« nur schwer realisierbar. Entstandener Frust wurde in die ebenfalls notwendige Renovierung der Räume gesteckt. So konnten im Juli 2022 durch den engagierten Einsatz der Genossenschaftsmitglieder die Kneipe neu eröffnet werden.

▲ Das Logo des Kiez-Ecks Foto: Die Kiez-Genoss:innen Eberswalde eG

Begegnungsort mit vielfältigem Programm

Inzwischen hat sich daraus ein beliebter Treffpunkt entwickelt, an dem Menschen aus verschiedenen Lebensbereichen zusammenkommen, um sich auszutauschen, zu feiern oder einfach einen Ort der Zugehörigkeit zu finden. Das Kiez-Eck ist ein Stück gelebter Nachbarschaft geworden. An mehreren Abenden in der Woche findet weiterhin der reguläre Kneipenbetrieb statt, ergänzt durch das Kiez-Café sonntags am Nachmittag.

Darüber hinaus prägen kulturelle Veranstaltungen das Bild des Hauses: Konzerte, Lesungen, Poetry Slams, Themenabende und Gesprächsrunden beleben regelmäßig die Räume. Besonders hervorzuheben sind die verschiedenen Zusammenkünfte, die gezielt unterschiedliche Gruppen ansprechen – von einem FLINTA-Stammtisch über ein queeres Treffen bis hin zu einem Naturfoto-Stammtisch. Auch das sogenannte »Demokratische Café« bot gerade im Vorfeld der Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl einen offenen Rahmen für Gespräche über gesellschaftliches Engagement und demokratische Themen. Neben den fast täglichen Angeboten sichert die Genossenschaft mit einem Barservice seit mehreren Jahren auch die Eberswalder Rocknacht und andere Kulturveranstaltungen ab.

Nachhaltigkeit spielt eine zentrale Rolle im Selbstverständnis des Kiez-Ecks. Die Betreiber*innen legen großen Wert auf die Verwendung regionaler Produkte, um lokale Produzent*innen zu stärken. Der Betrieb wird mit Ökostrom und Ökogas versorgt, und auch das Mobiliar stammt vollständig aus recycelten Materialien. Damit lebt das Kiez-Eck den Anspruch, ökologisch verantwortlich und ressourcenschonend zu handeln.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das soziale Engagement der Genossenschaft. Die Räume stehen auch anderen Initiativen und Gruppen zur Verfügung, die sich für soziale, kulturelle oder politische Themen engagieren. Darüber hinaus beteiligt sie sich an den lokalen Initiativen, wie dem jährlichen KiezFest oder dem »Gute Orte Eberswalde«, die stadtweit unkomplizierte Hilfe wie einen Schluck Wasser, ein Pflaster oder eine stillfreundliche Umgebung anbietet – niedrigschwellige Unterstützung für Menschen im Alltag. Das KiezFest zieht viele Besucher*innen an und zeigte, wie viel Potenzial in gemeinschaftlich organisierten Projekten steckt.

Aktive Gestaltung durch die Mitglieder

Die Genossenschaft selbst ist basisdemokratisch organisiert und lebt von der aktiven Mitgestaltung ihrer über 40 aktiven Mitglieder. Möglichkeiten bieten sich natürlich in den Gremien, zudem in den Arbeitsgruppen – vom Einkauf über Veranstaltungen bis hin zu Personal und Finanzen – oder ganz praktisch hinter dem Tresen. Die Integration neuer Mitglieder beginnt schon im Erstgespräch mit dem Vorstand und wird nach Aufnahme in die Genossenschaft mit einem Buddy-Programm fortgeführt.

Seit der Gründung ist die Zahl der Mitglieder stetig gewachsen, sie hat sich seit der Gründung nahezu versechsfacht. Die nun fast 60 Genoss*innen sind ein deutliches Zeichen dafür, dass das Bedürfnis nach solidarischen, selbstverwalteten Räumen groß ist. Im Zentrum steht dabei der Anspruch, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und einen Ort zu gestalten, der den Bedürfnissen der Gemeinschaft entspricht und offen für Entwicklung bleibt.

Mit den gezeichneten Genossenschaftsanteilen von je 200 Euro liegt die Genossenschaft im mittleren fünfstelligen Bereich. Um dieses Guthaben zu sichern, ist die wirtschaftliche Absicherung des Geschäftsbetriebs unausweichlich. Die Jahresumsätze aus Kneipe, Café und Barservice haben sich seit Gründung jährlich gesteigert, was unter Beachtung der Räume, der Öffnungszeiten – die Kneipe ist nur von 18 bis 22 Uhr geöffnet – und des sonstigen Potentials positiv ist. Zeitgleich stiegen allerdings auch die Kosten, besonders die Personalkosten durch die notwendige Einstellung von Barpersonal und Putzsupport. Um eine Kostendeckung zu erreichen, reicht der alleinige Barbetrieb nicht aus. Deshalb werden erweiterte Angebote, mit Veranstaltungen in der Kneipe oder durch Beteiligung an externen Veranstaltungen, geschaffen.

Das Kiez-Eck in Eberswalde ist somit weit mehr als ein Café oder eine Kneipe. Es ist ein lebendiger Ort der Begegnung, des Austauschs und der gegenseitigen Unterstützung. Hier wird deutlich, wie viel Kraft in gemeinschaftlichem Engagement steckt und wie aus einer Idee ein realer, einladender und nachhaltiger Raum entstehen kann, der die Stadtgesellschaft bereichert.

Unbestritten gelingt dies nicht von selbst, sondern bedarf einer steten Evaluation und Weiterentwicklung. Die größte Herausforderung für die Genossenschaft wird der Sprung vom Projekt »Eigene Kneipe« hin zu einem nachhaltig belastbaren Unternehmen sein. Dazu gehört neben der inneren Stabilisierung der Gemeinschaft der Genoss*innen unweigerlich das Verständnis der wirtschaftlichen Zwänge eines Unternehmens und die notwendige Unterstützung der Gremien bei deren Bewältigung. Eine pragmatische Herangehensweise ist für das kleine Unternehmen wohl die beste Art, dies zu schaffen!

Links:
www.kiez-eck.de
www.kiez-genossinnen.de
Lest dazu auch den Beitrag auf Seite 4.

ÜBERBLICK GASTHAUSGENOSSENSCHAFTEN

Willkommen in Stadt und Land

Überall in Deutschland entstehen genossenschaftlich organisierte Gaststätten – auf dem Land ebenso wie in der Stadt. Die folgende Auswahl zeigt Beispiele aus verschiedenen Regionen und steht stellvertretend für viele engagierte Projekte, die nicht alle aufgeführt werden können. Sie sind Treffpunkte, Kulturstätten und Impulsgeber für lokale Entwicklung – getragen von Menschen, die Verantwortung für ihr Dorf oder Quartier übernehmen.

- In Halverde (NRW) wurde die Dorfgemeinschaft aktiv, als es keinen Gasthof mehr im Ort gab. 2016 gründete man die Halverder Dorfgenossenschaft eG, eröffnete einen Dorfladen und mit dem Halverder Hof eine Gaststätte, die heute wieder Mittelpunkt des Dorflebens ist.
  Link: dorfgenossenschaft-halverde.de
- In Todtnau (Baden-Württemberg) entstand 2011 das genossenschaftlich geführte Gasthaus »dasrößle«. Die Initiative verbindet Übernachtungsbetrieb, Restaurant und soziale Verantwortung.
  Link: dasroessle.de
- In Bollschweil bei Freiburg betreibt die bolando eG das gleichnamige Dorfgasthaus. Nach vier Jahren Aufbauzeit öffnete es 2010 seine Türen – als Ort der Begegnung für alle mit regionaler Küche.
  Link: bolando.de
- In Altenau (Bayern) rettete man das leerstehende Wirtshaus »Alte Post« vor dem Verfall. Heute führt die Genossenschaft »Ein Dorf wird Wirt« erfolgreich den Altenauer Dorfwirt mit Kultur und Übernachtung.
  Medienbericht: kurzlinks.de/6b2t
- Ebenfalls in Bayern, in Erlangen, betreibt die Brauerei Weller Erlangen eG das genossenschaftlich organisierte Gastbrauhaus Thalermühle. Sie knüpft an über 100 Jahre Brau- und Wirtshaustradition an und belebt diese gemeinschaftlich und modern.
  Link: brauerei-weller.de
- In Tecklenburg-Brochterbeck (NRW) ist das Wirtshaus Franz als genossenschaftlicher Treffpunkt etabliert. Unter dem Motto »Ein Wirtshaus als Dorfmittelpunkt« engagieren sich hier Bürger*innen für ein lebendiges Miteinander.
  Link: gaststätte-franz.de
- In Dedenhausen (Niedersachsen) betreibt die Genossenschaft »Zum Bahnhof 40 – Dedenhäuser Zukunft eG« den traditionsreichen Gasthof »Zum Bahnhof«. Er bietet Raum für Feste, Versammlungen und stärkt das soziale Leben im Ort.
  Link: zumbahnhof.jimdofree.com
- In Uelsen (Niedersachsen) hat die Genossenschaft »Historische Gaststätte Rosenthal eG« ein altes Lokal saniert. Seit 2020 lädt es mit Live-Musik, Ausstellungen und Spezialitäten zum Beisammensein ein.
  Link: rosenthal-uelsen.de
- Auch im urbanen Raum hat die Idee Erfolg: Im Bremer Viertel übernahm 2019 eine Gruppe die vom Aus bedrohte Kneipe »Horner Eck«. Heute ist sie als Horner Eckhaus Genossenschaft selbstverwaltet, solidarisch und lebendig.
  Link: horner-eckhaus.net

Genossenschaftliche Gaststätten sind Ausdruck von Zusammenhalt, Selbstorganisation und Mut. Sie zeigen, wie Gastronomie zur Keimzelle für lokale Zukunft werden kann – im Dorf wie im Stadtviertel.

ANZEIGE

GID MAGAZIN
Informationen und Kritik zu Fortpflanzungs- und Gentechnologie

Direkt zum Abo:

Nr. 274 erscheint Ende August 2025 für 8,50 Euro

PRONATALISMUS
Von Elon Musk bis AfD – der Einsatz von Reproduktionstechnologien für ein rechtes Familienideal.

www.gen-ethisches-netzwerk.de

GÄRTNEREI WESERWUCHS

Zusammen wohnen und wachsen

In Dörverden-Stedorf im Landkreis Verden entsteht ein selbstverwalteter, solidarischer und gemeinschaftlicher Ort für ökologisches Gärtnern und alternative Lebensmodelle.

UWE CIESLA, REDAKTION VERDEN

▲ Solidarisch und ökologisch: Michael und Resana gestalten den Gartenbau – das Wohnprojekt sucht noch Mitstreiter*innen. Foto: Uwe Ciesla

Das Wohnhaus des alten Bauernhofs in der Alten Reihe 33 in Dörverden-Stedorf – nahe der niedersächsischen Kleinstadt Verden – wirkt unbelebt. Ein paar Fahrzeuge stehen davor, die Scheune ist meist verschlossen. Doch an zwei Tagen in der Woche öffnet sich die kleine Tür – und gibt den Blick frei auf den kleinen Hofladen der Gärtnerei WeserWuchs, die den Hof Ende 2024 bezogen hat.

Den ehemaligen Bauernhof haben zwei Leute aus dem Ort gekauft, um ihn einem kollektiv geführten ökologischen Gartenbaubetrieb zur Verfügung zu stellen und im Wohnhaus ein selbstverwaltetes Gemeinschaftswohnprojekt aufzubauen. Für die Bewirtschaftung wurde mit Michael Paulick schnell ein Interessent gefunden – für die Entwicklung des Wohnbereiches werden noch Ideen und Interessent*innen gesucht.

Gärtnerei und Wohnprojekt: Viel Platz für Neues

Paulick bringt umfangreiche Erfahrungen im Biogemüseanbau und der Vermarktung im Raum Verden und Bremen mit. Vor zwölf Jahren wurde er Mitarbeiter einer örtlichen Biolandgärtnerei, die er vor zehn Jahren pachtete und eigenständig weiterführte. Vor rund sieben Jahren erweiterte er seinen Betrieb und pachtete weitere Flächen im Nachbarort hinzu. Das Wirtschaften an zwei Standorten erforderte jedoch einen zunehmend großen Koordinationsaufwand, und so war er froh, seinen Betrieb an einem zentralen Standort in Stedorf weiterführen zu können.

Verstärkung bekam er von Resana Nehrke, die gerade ihre Demeter-Ausbildung im Raum Oldenburg abgeschlossen hatte und auf der Suche nach neuen Herausforderungen war. Von den innovativen Ideen, die in dem neuen Betrieb in Stedorf umgesetzt werden sollen, war sie sofort begeistert. Darüber hinaus hat der Betrieb auch zwei inklusive Arbeitsplätze besetzt und wird unterstützt durch die freiwillige Mitarbeit von fünf bis sechs der aktuell rund 20 Vereinsmitglieder.

Organisatorisch orientiert sich der Verein zum Teil an den Ideen der solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi), hat daraus jedoch eine eigene Form des Wirtschaftens entwickelt. Es gibt reine Fördermitglieder, die die Idee ideell unterstützen wollen, passive Mitglieder aus dem Kundenkreis und aktive Mitglieder, die zum Beispiel beim Anbau, der Öffentlichkeitsarbeit oder der Vereinsarbeit unterstützen. Mitglieder zahlen 120 Euro im Jahr und erhalten zehn Prozent Rabatt auf alle Hofprodukte. Dass die Beträge zum Jahresanfang überwiesen werden, erleichtert das Wirtschaften sehr, da zu dieser Zeit die Investitionen groß und die Einnahmen gering seien. Zudem unterstützt der größte Teil der Mitglieder den Betrieb mit einer Einlage von mindestens 250 Euro, die als Darlehen abgesichert ist und zum wirtschaftlichen Fundament des Betriebes beiträgt.

Insgesamt 150.000 Euro wurden vorab in den Betrieb investiert, ein großer Teil davon für die Anschaffung von fünf großen Folientunneln. Im größten von ihnen befindet sich ein riesiges Kompost-Mist-Beet zur Jungpflanzenanzucht. Die Wärme, die durch den natürlichen Verrottungsprozess entsteht, sorgt CO_2-frei für angenehme Temperaturen. Nach der Anzucht wird das Beet mit Paprika, Aubergine und Gurke bepflanzt. Am Ende der Saison hat sich der Mist vollständig zersetzt und wird zu nährstoffreicher Komposterde, die andere Beete versorgt. Zur nächsten Saison wird das Beet erneut mit frischem Material bestückt – der Kreislauf beginnt von vorn. Die Jungpflanzen stammen aus samenfestem Saatgut ausgewählter Sorten – sie wachsen im eigenen Anbau weiter oder gelangen über den Hofladen in die Gärten der Region. In den vier weiteren 250 qm großen Folientunneln sowie einer etwa doppelt so großen Freiluftfläche werden Salat, Fenchel, Zucchini, Kohlrabi, Mangold, Tomaten, Paprika, Möhren und vieles mehr angebaut.

Das Geld, das vorab investiert wurde, soll soweit wie möglich durch die Mitgliedereinlagen eingeworben und so auf viele Schultern verteilt werden. Hierfür sind noch weitere Mitglieder gesucht. Mittelfristig soll das Geld über die Bewirtschaftung und Pachtzahlungen wieder eingespielt werden. Zum Hof gehören weitere landwirtschaftliche Flächen, die aktuell noch verpachtet sind. Werden sie frei, sollen sie in Kooperation mit lokalen Bio-Betrieben als Agroforst selbst weiter bewirtschaftet werden.

Anders als eine klassische SoLaWi vertreibt WeserWuchs seine Erzeugnisse auf unterschiedlichen Vermarktungswegen. Neben dem Hofladen, der jeden Dienstag und Freitag geöffnet ist, sind das ein Wochenmarktstand in Bremen-Findorff und eine Abokiste mit regionalem Gemüse der Saison.

Wer sich für eine aktive oder passive Mitgliedschaft, eine Mitarbeit oder für das geplante Wohnprojekt interessiert, kann sich bei WeserWuchs per Mail melden:
info@weserwuchs.de

KLIMAKRISE UND HITZE

Privilegiertes Nichtstun

Nicht alle Menschen sind von den Folgen der Klimaerwärmung gleichermaßen betroffen. Doch statt Lösungen anzubieten, greift die Politik zunehmend auf gefährliche und ausschließende Narrative zurück. Ein Kommentar.

ANASTASIA HILLIGER, BERLIN

Eine aktuelle Kurzstudie des Grantham Institute am Imperial College in London hat kürzlich neue, erschreckende Daten geliefert: Bei der letzten Hitzewelle im Juni und Juli sind 1.500 Menschen nur deshalb gestorben, weil der Klimawandel sich fortentwickelt hat. Die Studie nahm zwölf europäische Großstädte in den Blick, darunter auch Frankfurt am Main.

Zusammenfassend wurde in der Studie festgestellt, dass sich die Zahl der hitzebedingten Todesopfer durch den Klimawandel im Jahr 2025 verdreifacht hat. Das Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV) kritisiert auf seiner Webseite, dass der Begriff »Naturkatastrophen« in diesem Kontext, irreführend ist, weil er implizit die Gefahr der Natur und nicht dem Menschen zuordnet. Doch dass es ihn gibt, den Einfluss des Menschen auf den Klimawandel, dürfte inzwischen ausreichend bekannt sein.

Genauso umfangreich ist auch das Wissen darüber, welche Personengruppen von den heftigen Folgen des Klimawandels als erstes getroffen werden. Will man diese besonders stark gefährdeten Personen in unserer Gesellschaft adressieren, spricht man von »vulnerablen Gruppen«. Sie gehören zu den zwölf Millionen Menschen in den deutschen Städten, die laut Deutscher Umwelthilfe (DUH) schon heute von extremer Hitze betroffen sind. Durch die ausschließende Struktur unserer Gesellschaft sind es vor allem die Menschen, die ohnehin von Diskriminierungen betroffen, in ihrer Resilienz beeinträchtigt und in ihrer Anpassungsfähigkeit durch Barrieren gestört sind. Das ist folgerichtig.

Doch es kursiert ein weiteres, viel gefährlicheres Narrativ: Hitze trifft die vermeintlich Schwachen, die Hilfsbedürftigen, die aufgrund ihrer ohnehin vorhandenen Gebrechen »auf der Kippe stehen«. Die Politik bedient sich dieser Erzählung zunehmend, ohne dabei konkrete Perspektiven zu entwickeln, geschweige denn diesen Umstand zu ändern. Denn dafür wäre es notwendig, sich mit den tiefsitzenden, systemischen Ungleichheiten auseinanderzusetzen. Aus Worthüllen erfolgt weder Entwicklung noch Schutz. Schlimmer noch, das Gesagte selektiert Menschen nach vermeintlicher Wertigkeit, bindet Lebensstandards an Gegenleistungen und priorisiert weiterhin genau das Gesellschaftsmodell, das Krisen dieser Eskalationsstufe überhaupt erst ermöglicht.

Und schließlich macht sich hier auch die neoliberal-leistungsorientierte Agenda an einem Beispiel ganz besonders bemerkbar: An Kindern. Die Vulnerabilität von Kindern und Jugendlichen nimmt immer weiter zu. Das zeigt unter anderem die aktuelle COPSY-Längsschnittstudie (COPSY = Corona und Psyche) 2020-2024. Die Folgen von multiplen Krisen weltweit, insbesondere der Covid 19-Pandemie, auf die psychische Gesundheit von 12- bis 16-Jährigen ist ihr zufolge verheerend. So gehörten 17 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Herbst 2024 allein im Hinblick auf ihre seelische Verfassung einer besonders vulnerablen Risikogruppe an. Die Studie ist ein dringender Appell an Politik und Gesellschaft, sich dieser Tatsache bewusst zu werden und »auch für die Stabilität und das Wohlergehen der Gesellschaft« den langersehnten Paradigmenwechsel zu forcieren. Der Gedanke dabei ist, dass wir alle zumindest irgendwann einmal Kinder gewesen sind. Demnach gehen alle Mitglieder unserer globalen Gesellschaft aus mindestens dieser einen vulnerablen Gruppe hervor. Und doch ist es einfacher sich abzutrennen, nachträglich eine Gruppe zu kreieren und deren Probleme zu vertagen. Das ist im Übrigen ein Kernproblem von Privilegien: Es ist möglich, sich auf einer Verzerrung der Wirklichkeit auszuruhen. Zumindest für eine gewisse Zeit.

Auch am Thema Hitze kann faschistische Weltanschauung wirksam werden. Die Grenze zur Euthanasielogik, zur Rassenhygiene, ist erkennbar dünn. Warum? Weil unsere Gesellschaft Inklusion noch immer nicht verstanden hat. Oder sie schlicht nicht verstehen will. Weil vielmehr Exklusion dazu führt, dass ignorante Narrative, wie dem oben genannten, zunehmend hemmungsloser und aggressiver in sozialdarwinistische Einstellungen umgeschlagen werden. Dann zum Beispiel, wenn Vulnerabilitäten ebenso wie »Natur«-Katastrophen selbst zur Selbstverständlichkeit geworden sind und das privilegierte »Nichts tun« so lange stattgefunden hat, dass wechselseitige Mechanismen durch multiple Krisen nicht mehr zu erkennen sind. Menschenfeindliche Gesinnungen können davon profitieren. Es ist nicht mal mehr die Frage, ob das passieren wird, sondern wann.

Links:
Studie des Grantham Institute (auf Englisch):
kurzlinks.de/kur0
COPSY-Längsschnittstudie:
kurzlinks.de/732a

ANZEIGE

MIGRANTISCHE COMMUNITIES NACH 1989

Selbstorganisation gegen die »deutschen Zustände«

Der Fall der Mauer am 9. November 1989 war ein einschneidendes Ereignis mit weitreichenden Folgen. Eine neue Publikation untersucht nun, wie Schwarze, jüdische, muslimische und Sinti- und Roma-Communities diese Zeit erlebt haben, sie interpretierten und politisch darauf reagierten.

BERND HÜTTNER, REDAKTION BREMEN

Ende der 1980er-Jahre ist Westdeutschland seinem Selbstverständnis nach immer noch keine Einwanderungsgesellschaft. In der DDR sind die »nichtdeutschen« Gruppen in der Bevölkerung deutlich kleiner und eine dem Westen vergleichbare Zivilgesellschaft existiert nicht bzw. nur in sehr kleinen Nischen. Nach dem Ende der DDR im Herbst 1989 und dem Zusammenschluss von BRD und DDR ist das neue Deutschland in einem nationalen Taumel, die Gewalt gegen migrantisch gelesene Personen steigt in Ost und West spürbar an.

Jasmin Dean hat in jahrelanger Forschung für ihre Dissertation untersucht, wie vier verschiedene minoritäre Communities mit dieser neuen Situation umgingen. Die jüdische Community veränderte sich stark durch den Zuzug der sogenannten Kontingentflüchtlinge, vor allem aus der Sowjetunion. Die muslimisch-türkische Community war besonders geprägt von den Kindern der sogenannten ersten Generation, die sich vor allem in jenen Jahren politisierten. Sinti und Roma versuchten, durch verschiedene Proteste auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Und schließlich betrachtet Dean die Schwarze Community, also vor allem Afrodeutsche, die in Deutschland geboren wurden.

Als Quellen nimmt die Autorin sich jenseits von Literatur aus akademischen und aktivistischen Kontexten verschiedene kleine Bewegungszeitschriften wie Jekh Chib, Afrekete, Jüdische Korrespondenz oder Kauderzanca vor. Sie untersucht die Diskussionen etwa zu den Themen Nation, Identität und Diaspora und beschreibt das Selbstverständnis der jeweiligen Gruppen. So fragte sich etwa die Schwarze Community, ob sie schwarze Deutsche oder Schwarze in Deutschland seien[1]. Große Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen gab es zum Beispiel beim Staatsangehörigkeitsrecht oder dadurch, dass viele in Deutschland oder der DDR geboren und aufgewachsen, andere erst durch Flucht, Arbeitsmigration oder eben Kontingente nach Deutschland gekommen waren.

Dean untersucht die Organisierung und die Kooperation innerhalb der Communities ebenso wie die Zusammenarbeit miteinander. Eines der Ziele war, sich gegen Antisemitismus und noch mehr gegen Rassismus zu wehren. Die Kommunikation und die Wissensaneignung fand unter vordigitalen Bedingungen statt und deshalb spielten persönliche Freundschaften und familiäre Beziehungen eine vergleichsweise große Rolle. Fragen von Herkunft, Identität und Zugehörigkeit(en) wurden ebenso verhandelt, wie Bedingungen von Gegenwehr und Solidarität.

Dean ist den Diskursen und Praktiken dieser Communitys nachgegangen, sie hat viel Neues und Wichtiges zu Tage gefördert und dokumentiert. Damit zeigt sie unter anderem, wie Selbstverständigung und Selbstorganisation gegen die »deutschen Zustände« bewerkstelligt wurden. Es kann allerdings auch hintergefragt werden, ob ihre Quellenauswahl nicht etwas zu klein und damit zu wenig repräsentativ ist. Ihre Publikation ist ein relevanter Beitrag dazu, die Produktion des minoritären Wissens dieser Spektren zu dokumentieren – und auch ein Zeichen des (späten) Respekts für das Engagement dieser Generation von emanzipatorischen Aktivist*innen. Diese brachten damals Themen und Perspektiven auf, die dann erst ab Mitte der 1990er-Jahre schrittweise in breiteren Kreisen der Linken (und noch später in der Gesamtgesellschaft) Berücksichtigung fanden.

Dean hat ein bedeutsames Buch zu einem bisher wenig erforschten Thema vorgelegt und damit ein beeindruckendes Stück Bewegungsgeschichte geschrieben. Ihr Buch ist nicht zuletzt ein kleiner Beitrag zur dringlichen Debatte darüber, wie heute Solidarität geübt und Allianzen trotz Differenzen gebildet werden können.

[1] Eine interessante Parallele ist, dass die Vertretung der Juden und Jüdinnen in Deutschland seit der Gründung 1950 Zentralrat der Juden in Deutschland und nicht etwa Zentralrat der deutschen Juden heißt.

Jasmin Dean: Schwarze, jüdische, muslimische und Roma-Communitys im vereinigten Deutschland. Rassifizierung - Anerkennungskämpfe - Bündnispolitiken, Metropol Verlag, Berlin Dezember 2024, 392 Seiten, 28 Euro

BRIEFMARKEN MIT WIDERSTÄNDIGER GESCHICHTE

Drei slowakische Antifaschistinnen geehrt

Anfang Mai 2025 meldete Radio Slovakia International, der im Januar 1993 gegründete Auslandsdienst des Slowakischen Rundfunks, die slowakische Post habe eine Sonderbriefmarke zum Thema »Frauen in der antifaschistischen Widerstandsbewegung« herausgegeben. Auf dem 2,70-Euro-Wert sind Porträts von Chaviva Reicková (1914-1944), Dalma Špitzerová, geborene Holanová (1925-2021) und Marína Paulínyová (1897-1945) im Profil abgebildet.

KAI BÖHNE, REDAKTION GÖTTINGEN

Auf deutschen Druck hatte sich die Slowakei 1939 aus der Tschechoslowakei gelöst. Doch die proklamierte Souveränität war eine Illusion. Unter Führung des katholischen Priesters Jozef Tiso entstand ein autoriärer Marionettenstaat Nazi-Deutschlands. Das klerikale Regime kollaborierte aktiv mit dem Plan, Jüdinnen und Juden in den Osten zu deportieren. Bis kurz vor Kriegsende stand die slowakische Führung eng an der Seite von Nazi-Deutschland und billigte die Deportation von 60.000 slowakischen Jüdinnen und Juden.

Ende August 1944 begann in Banska Bystrica der slowakische Nationalaufstand als bewaffnete Erhebung, die sich sowohl gegen die im August 1944 begonnene deutsche Besatzung der Slowakei als auch gegen das Regime Tiso und dessen Bindung an das Deutsche Reich richtete. Die Aufständischen standen in Verbindung mit der tschechoslowakischen Exilregierung in London. Getragen wurde der Aufstand von Teilen der slowakischen Armee, in- und ausländischen Partisanen sowie Freiwilligen verschiedener Nationalitäten. Die unterschiedlichen Regionen des Aufstandes und die verschiedenen Gruppierungen waren untereinander wenig koordiniert. Dies führte zu seiner schnellen Beendigung durch die deutsche Wehrmacht. Ende Oktober 1944 wurde die Revolte von deutschen Truppen und ihren slowakischen Helfern niedergeschlagen. Die verbliebenen Aufständischen kämpften bis zum Kriegsende 1945 als Partisanenbewegung im Untergrund weiter.

Die drei auf der Briefmarke geehrten Antifaschistinnen werden für ihren Einsatz im Rahmen des slowakischen Nationalaufstands ausgezeichnet. In einer Pressemitteilung der slowakischen Post betont der Historiker Lukáš Volentier, dass nicht nur Männer mit der Waffe in der Hand gegen die faschistische Besetzung ihres Landes kämpften. »Auch viele Frauen schlossen sich der antifaschistischen Widerstandsbewegung an«, ohne ihre Tatkraft und Entschlossenheit »hätte die Widerstandsbewegung kaum funktionieren können«.

Die junge Chaviva Reicková, erste von links auf der Marke, hatte sich der sozialistisch-zionistischen Jugendorganisation Haschomer Hazair in der Region um Banská Bystrica angeschlossen. 1939 emigrierte sie mit ihrem Mann nach Palästina, wo sie in einem Kibbuz lebte. 1942 trat Reicková dem Palmach, einer paramilitärisch jüdischen Elitetruppe, bei und ließ sich in Palästina zur Funkerin und Fallschirmspringerin ausbilden, um in die Slowakei zurückzukehren und dort bei der Rettung von Jüdinnen und Juden zu helfen und britische und amerikanische Truppen beim Kampf gegen die Nationalsozialisten zu unterstützen. Per Fallschirm sprang sie mit einer Luftlandeeinheit über der Slowakei ab. Dort bildete sie eine Partisaneneinheit aus, mit der sie sich in die Berge zurückzog. Nach ihrer Gefangennahme wurde sie am 20. November 1944 zusammen mit ihren Mitkämpfer*innen ermordet.

Die mittlere Frau auf der Marke, Dalma Špitzerová, verbrachte ihre Kindheit in Liptovský Mikuláš. Nachdem im Frühjahr 1942 die Transporte in die Vernichtungslager begannen, verließ sie auf Drängen ihres Vaters allein die Slowakei und fuhr mit dem Zug nach Budapest. Als sie dort aufflog, wurde sie zwei Jahre in einem Lager in Nováky, im Westen der Slowakei, interniert. Nach der Befreiung des Lagers schloss sie sich dem slowakischen Nationalaufstand an und arbeitete in der Presseabteilung der Partisanenbewegung. Nur wenige Wochen vor der Befreiung wurden ihr Bruder und beide Eltern von den Nazis ermordet. Nach dem Krieg besuchte Špitzerová eine Schauspielakademie. Sie arbeitete erfolgreich als Schauspielerin, Sängerin und Tänzerin und wurde 95 Jahre alt.

Als Marína Paulínyová, rechts auf der Marke, acht Jahre alt war, wanderte ihre Familie aus wirtschaftlichen Gründen in die USA aus. In der Zwischenkriegszeit lebte Paulínyová abwechselnd in der Tschechoslowakei und in den USA. Paulínyová arbeitete als Journalistin, Diplomatin und Krankenpflegerin. In Bratislava entging sie bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nur knapp der Verhaftung. Sie reiste nach London, wo die tschechoslowakische Exilregierung ihren Sitz hatte. In Großbritannien organisierte sie beim Roten Kreuz Hilfsmaßnahmen für tschechoslowakische Kriegsgefangene in deutschen Lagern. Im Oktober 1945 starb sie bei einem Flugzeugabsturz.

ANZEIGE

PROKLA
ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT
Seit 1971

Schwerpunktthemen
- Nr. 217: Mythos der Maschine? Künstliche Intelligenz und Gesellschaftskritik (4/2024)
- Nr. 218: Surplus Societies – Überflüssige im Gegenwartskapitalismus? (1/2025)
- Nr. 219: Sozial-ökologische Bewegungen im Spannungsfeld von Staat und Demokratie (2/2025)
- Nr. 220: Arbeit. Raum. Kämpfe. (3/2025)

Einzelheft:
ca. 176 S., 15,– [D] / 15,40 [A]
Probeheft anfordern!
www.bertz-fischer.de/prokla
BERTZ + FISCHER

EIN POLITISCHES ARBEITERLEBEN

Bereits mit 17 Jahren tritt Wilhelm Wehner 1902 in die SPD ein. 1905 ist der Werkzeugschleifer dann schon in anarchistischen Kreisen engagiert. Dies alles geschieht nicht in Berlin oder einer anderen Großstadt des Deutschen Reiches, sondern im bayrischen Schweinfurt, das dank seiner Metallindustrie eine Arbeiterhochburg ist und knapp 20.000 EinwohnerInnen hat. Oberbürgermeister ist dort von 1920 bis 1933 Benno Merkle, der ehemalige Referent des 1919 ermordeten ersten bayrischen Ministerpräsidenten und Linkssozialisten Kurt Eisner. Die drei Parteien der politischen Linken erzielen in der Industriemetropole Unterfrankens bei Wahlen stets ungefähr die Hälfte der Stimmen.

1905 geht Wehner auf Wanderschaft, lebt unter anderem in Berlin, Mannheim, Stuttgart und Dresden und ist dort auch in der anarchistischen Bewegung organisiert, unter anderem rund um die Zeitung »Der Sozialist« von Gustav Landauer. 1913 kehrt er zurück, 1915 heiratet er Maria Dengler. 1914 ist er Mitbegründer der Ortsgruppe Schweinfurt der NaturFreunde. Wehner verweigert im Ersten Weltkrieg den Kriegsdienst, was ihm eine Verurteilung zu 15 Monaten Haft einbringt. Am 17. April 1919 ruft er in Schweinfurt die Räterepublik aus, das Gerichtsverfahren deswegen endet später mit Freispruch. In den 1920er-Jahren besucht er oft die Bakuninhütte im nicht weit entfernten Meinigen, sie wird im Buch auch vorgestellt (S. 97-101).

Die anarchistisch-syndikalistische Bewegung erlebt aber ihren Niedergang. Nach fünfmonatiger Haft und vielen Verhören im Bezirksgefängnis blieb Wehner nach Oktober 1933 allerdings unbehelligt. Eingezogen wird er, vermutlich auch wegen seines Alters, nicht. Nach 1945 engagiert er sich in der Föderation freiheitlicher Sozialisten (FFS) und unterhält einen Briefwechsel mit Rudolf und Milly Rocker, die in den USA leben. Wehner wird 1949 vom Landesentschädigungsamt in Bayern als politisch Verfolgter anerkannt, obwohl er anscheinend nach Oktober 1933 nicht drangsaliert wurde. Er arbeitet trotz gesundheitlicher Probleme bis 1951, verstirbt 1968.

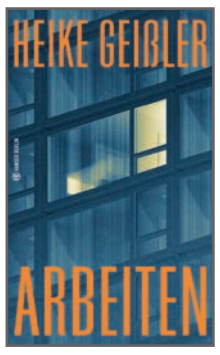
Eine Zeittafel im Buch präsentiert die bekannten Daten nochmals chronologisch, das Namensverzeichnis ist ebenfalls sehr nützlich.

Norbert Lenhard hat eine Publikation über einen unbekannten Arbeiter vorgelegt. Bemerkenswert ist daran dreierlei: Zum einen, dass Wehner der Gedankenwelt des freiheitlichen Sozialismus anhängt, zum anderen sein vielfältiges und lebenslanges politisches Engagement, drittens die darin aufscheinende Verwobenheit von Politik, Alltag und (Arbeiter-)Kultur. Zur Hilfe kam dem Autor, dass über 600 Fotografien und einige andere schriftliche Quellen im Familienbesitz überliefert sind, ebenso fanden Archivrecherchen statt. Leider sind in der Publikation die Bilder und Faksimiles oft etwas zu klein.

Bernd Hüttner

Norbert Lenhard: Wilhelm Wehner. Anarchist, Syndikalist, Antimilitarist, Freigeist und Naturfreund; Schweinfurt 2025, 140 Seiten, 16 Euro. Bezug auch über: john-lenhard@t-online.de

ARBEITEN ODER MÜSSIGGANG?



Der Essay von Heike Geißler ist eine Annäherung an die Frage »Arbeiten oder Müßiggang?«. Erschienen ist er in der Reihe »Das Leben Lesen« des Hanser Verlags. Autorinnen wie Elke Heidenreich, Doris Dörrie oder Svenja Flasspöhler widmen sich darin Themen wie Altern, Wohnen oder Streiten.

Die Autorin setzt sich schon länger mit dem Thema »Arbeiten« auseinander. 2014 schrieb Geißler mit »Saisonarbeit« ein Buch über ihren dreimonatigen »Arbeitsaufenthalt« als Aushilfskraft beim Versandhändler Amazon. Auch biografisch ist Geißler für das Thema prädestiniert: Als Arbeiterkind in Riesa und Karl-Marx-Stadt aufgewachsen, setzt sie sich mit der Sozialisation in der Arbeitswelt in Ost- und Westdeutschland auseinander. Denn die Wende ging auch an der Erwerbsbiografie ihrer Eltern nicht spurlos vorüber.

Geißler reflektiert über den Sinn der Arbeit, über ihre Allgegenwärtigkeit, über materielle und unsichtbare Arbeit, über Geben und Nehmen, Gewinnen und Verlieren. Der Arbeit auf der Spur, beobachtet sie ihr Umfeld und kommt mit den unterschiedlichsten Menschen ins Gespräch. Wenn es nach Geißler geht, ist alles Arbeit. Nicht nur die Lohnarbeit, die Reproduktionsarbeit und die Sorgearbeit, sondern auch die alltägliche Auseinandersetzung mit der Gegenwart.

»Arbeiten« ist eine Abrechnung mit dem Arbeiten im Kapitalismus. In kurzen, zwar liebevollen, aber doch wütenden Briefen wendet sich die Autorin immer wieder an die Arbeitswelt. Sie kritisiert und erklärt: »Ich verachte deine Methoden und deine Wirkung auf mich, liebe Arbeitswelt«. Dazwischen entfaltet sich eine Mischung aus alltäglichen Beobachtungen, Zitaten, Interviewfetzen aus Gesprächen mit Bauarbeitern, Paketzustellerinnen, Freundinnen und Bekannten, die aufgrund von chronischer Krankheit oder anderen Erfahrungen eine ganz eigene Sicht auf Arbeit haben.

Beim Lesen des Essays kann man sich die Arbeit hinter täglichen Gebrauchsgegenständen vorstellen, zum Beispiel das Nähen der Kleidung oder das Verpacken der Ware. Auch das ist eine Stärke des Buchs: die Erinnerung an den Ursprung der Dinge, der in einer globalisierten Welt zwar nicht unbekannt, aber oft unsichtbar bleibt.

Geißler legt keinen klar strukturierten Text vor, sondern arbeitet eher assoziativ, indem sie Gedanken und Beobachtungen aneinander reiht, die sich allerdings zu einem Gesamtbild zusammenfügen. Sie schreibt gegen den entfremdeten Arbeitsbegriff an. Allerdings ist die Frage, ob der Arbeitsbegriff Geißlers, der auf eine Gleichsetzung von Arbeit und kapitalistischem System hinausläuft, zukunftsweisend ist. Eine Alternative wäre, einen auf Hilfsbereitschaft und Solidarität basierenden Begriff von Arbeit dem entfremdeten der Gegenwart entgegenzusetzen. Dennoch bietet dieses Buch viele Anregungen, sich mit Möglichkeiten des Widerstands gegen die aktuellen Arbeitsbedingungen zu beschäftigen

Herbert Klemisch

Heike Geißler: Arbeiten; Hanser Berlin Verlag, München 2025, 126 Seiten, 20 Euro

GESCHICHTE VON LIEBE UND WIDERSTAND

Mit »Weltgeschichte der Queerness« legt Dino Heicker ein faszinierendes Sachbuch vor, das queere Geschichte als globales, historisch tief verwurzeltes Phänomen sichtbar macht. Die Leser*innen begeben sich auf eine spannende Entdeckungsreise, auf der Vielfalt in sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität als fester Bestandteil der Menschheitsgeschichte sichtbar wird – nicht nur als modernes Phänomen.

In lebendigem Stil führt Heicker durch Epochen, Kulturen und Lebensentwürfe, die binäre und heteronormative Konzepte in Frage stellen. Dabei begegnen wir historischen Persönlichkeiten und Ereignissen: von der queeren Welt der griechischen Götter über die gelebte Vielfalt in der japanischen Samurai-Kultur bis hin zu frühen geschlechtsangleichenden Operationen.

Anstelle einer rein theoretischen Abhandlung bietet der Autor lebendige und exemplarische Einblicke, die das Buch besonders lesenswert machen. So erfahren wir etwa von der Dichterin Sappho, die in der Antike ihre Liebe zu Frauen in poetischer Form zum Ausdruck brachte. Überlieferungen aus dem chinesischen und römischen Kaiserreich zeigen zudem, dass gleichgeschlechtliche Liebe in vielen Kulturen selbstverständlich war – lange bevor das Christentum begann, diese als sündhaft und widernatürlich zu brandmarken.

Zugleich spart das Buch die dunklen Kapitel der Geschichte nicht aus. Es beleuchtet eindringlich die systematische Verfolgung queerer Menschen – von kolonialer Gewalt bis zur religiös motivierten Unterdrückung indigener Kulturen. Umso eindrucksvoller ist der Kontrast zu jenen Kulturen, in denen queere Identitäten schon lange ihren festen Platz hatten. Ob die Mahus auf Tahiti, die Hijras in Indien oder die Lhamanas bei den nordamerikanischen Zuñi – sie verkörpern eine jahrtausendealte Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt.

Stilistisch überzeugt das Buch durch einen flüssigen, eingängigen Ton. Heicker verzichtet auf eine klassische Einleitung und zieht die Leser*innen direkt ins Geschehen. Die zahlreichen meist farbigen Abbildungen – von Kunstwerken über historische Dokumente bis hin zu Porträts – ergänzen den Text auf gelungene Weise. Etwas problematisch ist, dass gelegentlich Begriffe verwendet werden, die nicht näher erklärt sind. Gerade für Einsteiger*innen wäre ein Glossar hilfreich gewesen.

Dem Buch gelingt es, einen differenzierten Blick auf ein gesellschaftlich oft polarisiertes Thema zu werfen. Es eignet sich gleichermaßen für Leser*innen, die einen ersten Zugang zur queeren Geschichte suchen, wie auch für jene, die ihr Wissen vertiefen möchten. Insgesamt ist Heickers Werk ein eindrucksvoll recherchiertes und klug erzähltes Buch. Wie ein Museum öffnet es Räume zum Lernen, Staunen und Nachdenken – über Menschen, Geschichten und Identitäten, die unsere Gegenwart mitgeprägt haben.

Balkis Flieger

Dino Heicker: Weltgeschichte der Queerness; BeBra Verlag, Berlin 2025, 336 Seiten, Print 30 Euro / E-Book 23,99 Euro

ALTERNATIVLOSIGKEIT AUFBRECHEN

Ein 1.650 Hektar großes Gelände in der Nähe von Nantes in der französischen Bretagne beschäftigt seit vielen Jahren Linksalternative und Klimaaktivist*innen. In der überwiegend landwirtschaftlich genutzten Region sollte ein Flughafen gebaut werden. Der Plan wurde durch den Widerstand von Bewohner*innen der Region mit Unterstützung von Menschen aus vielen Ländern verhindert. Statt einem neuen Airport wird dort jetzt weiterhin Gemüse angebaut.

Dieser erfolgreiche Kampf hat die beiden Politikwissenschaftler Michael Hirsch und Kilian Jörg zu einer Flugschrift inspiriert, in der sie dafür plädieren, Zonen aufzubauen, in der nicht nur fossile Großprojekte verhindern werden, sondern eine kleinteilige naturverbundene Produktion aufgebaut wird. Hirsch und Kilian nennen diese Zonen »Flucht in die Zukunft« (S. 68), mit der die »Alternativlosigkeit des herrschenden Systems aufgebrochen werden könnte« (S. 69). Ihnen schwebt vor, dass in diesen Zonen verschiedene Tätigkeiten ausgeübt werden, die in der kapitalistischen Welt zu wenig Profit bringen, aber trotzdem lebensnotwendig sind. Damit sich hier nicht ein Armutssektor ausbreitet, sprechen sich die beiden Autoren für eine staatliche Förderung der ZADs (»Zone à défendre«, dtsch. »zu verteidigende Zone«) aus. Laut der Autoren sollte das Verhältnis Staat und Zivilgesellschaft nicht als Gegensatz begriffen werden. Sie schlagen vielmehr eine Kooperation zwischen Unterstützer*innen der ZADs und progressiven Parteien und Organisationen vor. Dabei wollen sie verhindern, dass es zu Konflikten zwischen Gruppen, die sich für dieses Konzept aussprechen, und prinzipiellen Gegner*innen jeder Zusammenarbeit mit dem Staat und seinen Apparaten kommt, wie es in der ZAD Notre Dames geschehen ist, nachdem die französische Regierung die Flughafenpläne 2018 aufgegeben hatte.

In einem Kapitel skizzieren die beiden Autoren die Konfliktlinien. Während viele Zadist*innen betonten, dass sie nicht nur einen Flughafen verhindern, sondern eine andere Welt errichten wollen und jegliche Kompromisse mit dem Staat ablehnten, wollten andere diese andere Welt im Kleinen aufbauen. »Die Mehrheit der Zadist*innen sprach sich dafür aus, die Verträge vordergründig anzunehmen, diese aber in einem elaborierten Prozess zu hacken und für ihre Zwecke umzuwidmen« (S. 106) – so wird das Ergebnis der Auseinandersetzung beschrieben. Leider erfährt man nicht, wie dieses Hacken der Verträge im Falle der ZAD Notre Dame konkret aussieht. Auch Bezüge zur Alternativbewegung finden sich im Buch kaum. In CONTRASTE und auch anderswo werden viele der von Hirsch und Kilian aufgeforderten Fragen seit Jahren diskutiert. Es ist zu wünschen, dass der Text auch von Menschen diskutiert und kritisiert wird, die schon in vielen Bereichen solche Alternativen aufzubauen versuchen, auch wenn sie sie nicht ZAD nennen sollten.

Peter Nowak

Hirsch Michael/Jörg Kilian: Durchlöchert den Status Quo!; Verlag Edition Nautilus, Hamburg 2025, 150 Seiten, 16 Euro

HERKUNFT, KLASSE, LITERATUR

Seit 2016 »Rückkehr nach Reims« von Didier Eribion auf Deutsch bei Suhrkamp erschienen ist (das Original war bereits 2009 veröffentlicht worden), spielen Fragen von Herkunft, »Bildungsaufstieg« und Klassenwechsel in literarischen Werken und im Feuilleton eine größere Rolle. Der Suhrkamp-Verlag vermarktete ab 2017 entsprechend auch die Werke von Annie Ernaux und Eduard Louis. Ernaux, die als »Ethnologin meiner Selbst« mehrere Bücher publiziert hat, erhielt 2022 den Nobelpreis für Literatur.

In der Bundesrepublik hatten diese Titel, und von der Anlage her ähnliche literarische Werke, etwa von Christian Baron, Deniz Ohde, Daniela Dröscher oder Gabriele Kögl, ebenfalls eine große Bedeutung. Auch in der politischen Linken wurde eine Diskussion zu Klassismus geführt, wenn auch nicht ausgelöst durch die Literatur. Grundlage waren eher als Sachbuch zu bezeichnende Publikationen und wenige Anthologien zum Thema.

All diesen literarischen Titeln und auch einzelnen Beiträgen in den Sammelbänden zu Klassismus ist gemein, dass die AutorInnen ihr Herkunftsmilieu beschreiben bzw. wie sie dieses verlassen und, in wenigen Fällen, auch zeitweise freiwillig oder zwangsweise dorthin zurückkehren. Die literarische Bearbeitung dieser Klassenreise unterliegt jedoch einem Paradox, und zwar auf zweierlei Art: Erstens gibt das Verlassen das Herkunftsmilieus erst die Instrumente in die Hand, ebendieses (und die anschließende Klassenreise) überhaupt und erst recht kritisch zu beschreiben. Zweitens vollzieht sich der »Aufstieg« der KlassenwechslerInnen in und durch diejenigen Bildungsinstitutionen, deren diskriminierende Effekte sie selbst auch erlebt haben – und nun beschreiben.

In einer noch bis 15. Februar 2026 geöffneten Ausstellung in der Österreichischen Nationalbibliothek hat sich nun deren Literaturarchiv des Themas »Herkunft« angenommen und zur Eröffnung bereits die aufwendig und ansprechend gestaltete Publikation vorgelegt. Zu Beginn reflektieren Andrea Roedig, Eva Blome und Enno Stahl in ihren drei Beiträgen zusammenfassend und analytisch über die Literatur, die sich mit sozialer Herkunft, ökonomischer Ungleichheit, Bildung, Gewalt, Klasse und Migration auseinandersetzt. Danach folgen 20 Beispiele bekannter AutorInnen, wie etwa Adelheid Popp, Peter Handke oder Franz Innerhofer. Am interessantesten an diesen Beiträgen sind noch die Fotografien und andere abgebildete Dokumente, die eher kurzen Texte sind oft fahrig und bleiben blass. Auffällig ist, dass viele der ProtagonistInnen dieser österreichischen Beispiele dort »am Land« aufgewachsen sind, etwa in Kärnten oder anderen, zumindest in den 1950er- bis 1970er-Jahren noch sehr »strukturschwachen« und konservativen Regionen.

Bernd Hüttner

Cornelius Mitterer, Kerstin Putz (Hrsg.): Woher wir kommen. Literatur und Herkunft; Zsolnay Verlag, Wien 2025, 272 Seiten, 29 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

FESTIVALS

Eine Million gegen Rechts

September bis Dezember (bundesweit)

Selbstverwaltete Jugendhäuser und soziokulturelle Zentren haben eine enorme Bedeutung für Demokratie, Weltoffenheit, Kultur und einen menschenfreundlichen Umgang miteinander. Die AfD und ihre Unterstützer*innen greifen erfahrungsgemäß als erstes solche Orte an und versuchen, Förderungen oder Gemeinnützigkeit zu hinterfragen und abzuschaffen. Der beste Schutz für diese Einrichtungen ist, einen Fonds für sie zu errichten, auf den sie unabhängig von kommunaler Förderung im Notfall zurückgreifen können. Bisher konnten mit der Aktion »Eine Million gegen Rechts« rund 140.000 Euro an Spenden gesammelt werden. Diese Aktion wird nun weitergeführt: Von September bis Dezember stehen mehrere Termine fest, weitere Veranstaltungsorte und Künstler*innen gerne bei »Strom & Wasser« bekanntgeben.

Info:
strom-wasser.de/termine

GEMEINSCHAFT

Wohnprojektetag NRW 2025

6. September, 10 bis 16 Uhr (Gelsenkirchen)

Der 22. Wohnprojektetag NRW findet in diesem Jahr unter dem Titel »Lernen und Vernetzen im Land der Wohnprojekte« im Gelsenkirchener Wissenschaftspark statt. Während sich vormittags Projekte aus ganz Nordrhein-Westfalen vorstellen, bietet der Markt der Möglichkeiten nachmittags die Gelegenheit zum Kennenlernen, Vernetzen und Austauschen. In einem Open Space-Format können eigene Themen eingebracht und mit Teilnehmenden diskutiert werden. Die Veranstaltung richtet sich an Interessierte, an Wohnprojekte sowie an Fachleute aus Kommune, Beratung, Architektur, Bau oder anderen Organisationen.

Ort: Munscheidstraße 14,
45886 Gelsenkirchen
Info: bit.ly/45HcVik

SYMPOSIUM

Demokratische Gesprächskultur

25. und 26. Oktober (Wien)

Meinungsverschiedenheiten sind für die Demokratie von zentraler Bedeutung. Dennoch scheint es immer mehr Themen zu geben, bei denen wir leicht dazu übergehen, unsere Gesprächspartner*innen zu verurteilen. Manchmal ist ein klarer Widerstand wichtig! Aber wo rutschen wir in die Dämonisierung anderer Ansichten ab? Gibt es etwas über die Härte des moralischen Urteils, das wir betrachten sollten? Diese Veranstaltung richtet sich an Mitglieder der Zivilgesellschaft, die sich für eine bessere Zukunft einsetzen. Im Open Space haben alle Teilnehmer*innen die Möglichkeit, auch eigene Workshops anzubieten.

Ort: Die HausWirtschaft,
Bruno-Marek-Alle 5,
1020 Wien
Info: bit.ly/4ljV0Tr

SKILL SHARE EVENT

Gemeinsam.Hoffnung. Machen.

31. Oktober bis 2. November (Salzburg)

In Zeiten der multiplen Krisen macht sich schnell Hoffnungslosigkeit breit. Deswegen braucht es starke emanzipatorische Bewegungen, kreative Strategien, Aufbau von Gegenmacht, neue Verbündete. Und genauso essenziell ist es, die Hoffnung auf eine andere Welt nicht aufzugeben. Wir schöpfen sie aus unserem Tun, aus dem Zusammenkommen und Zusammenstehen, aus Erfolgen und Misserfolgen, aus gegenseitiger Inspiration. Gleichzeitig nährt unsere Hoffnung unsere gemeinsamen Kämpfe und Aktionen.

Ort: Salzburg
Info: tippingpoints.life

VORBEREITUNGSSEMINAR

Menschenrechts-beobachtung in Chiapas

31. Oktober und 1. November (online)
27. bis 30. November (nähe Kassel)

Das Menschenrechtszentrum FrayBa entsendet nationale und internationale Freiwillige für mindestens zwei Wochen in zivile Beobachtungscamps in indigene Gemeinden im Widerstand. Die Freiwilligen sind Zeug*innen in den Konfliktregionen, dokumentieren die Situation in den Gemeinden und begleiten bedrohte Personen. Sie gewährleisten den Informationsfluss zwischen FrayBa und den Gemeinden vor Ort sowie mit CAREA in Deutschland. Voraussetzungen für den Einsatz sind: vollständige Teilnahme am Seminar, gute Spanischkenntnisse, Teamfähigkeit, physische und psychische Belastbarkeit, ein Mindestalter von 21 Jahren sowie die Eigenfinanzierung des Mexikoaufenthaltes. Auch Interessierte, die sich noch nicht sicher sind, ob sie zur Menschenrechtsbeobachtung nach Chiapas gehen wollen, sich aber über den dortigen Kontext informieren möchten, sind willkommen!

Ort: Felsberg-Gensungen
Info: carea-menschenrechte.de

WORKSHOP

Gesellschaftspolitische Aufstellungen

14. bis 16. November (Jena)

Aufstellungsarbeit hat viele demokratische Elemente. Alle Beteiligten werden gleich behandelt und wertgeschätzt. Das systemische Verständnis lässt uns den Gesamtzustand im Blick halten und wir suchen nach Lösungen, die für alle besser sind. Die Teilnehmer*innen gewinnen dabei Erkenntnisse zu den gesellschaftspolitischen Fragen und wie Aufstellungsarbeit im politischen Feld eingesetzt werden kann.

Ort: SOBAEXA-Coworking,
Carl-Zeiss-Platz 3,
07743 Jena
Info: kurzlinks.de/tat3

LEHRGANG

Wohnprojektberatung

November 2025 bis Januar 2027 (Berlin)

Der Lehrgang vermittelt eine ganzheitliche Beratungskompetenz mit fundiertem und interdisziplinärem Wissen unter anderem aus den Bereichen Gruppenprozesse, Immobilienentwicklung, Finanzierung und Rechtsformen. Konzipiert ist die Aus- und Weiterbildung als Gesamtlehrgang in acht Modulen, jeweils von Donnerstagabend bis Sonntagnachmittag. Im Herbst sind kostenlose Online-Beratungen für Interessierte geplant.

Ort: ExRotaprint, Gottschedstr. 4,
13357 Berlin
Info: bit.ly/4lmrmwN

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr

ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER

contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional-und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß

Es gilt die Anzeigenpreisliste 2025.

REDAKTION BREMEN:
Ulrike Kumpe
✉ ulrike.kumpe@contraste.org
Bernd Hüttner (Rezensionen)
✉ bernd.huettner@contraste.org
REDAKTION FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
✉ genossenschaft@t-online.de
REDAKTION GÖTTINGEN:
Kai Böhne
✉ kai.boehne@contraste.org
REDAKTION KASSEL:
Regine Beyß
✉ regine.beyss@contraste.org
REDAKTION KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
✉ heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
✉ ariane.dettloff@contraste.org
REDAKTION MÜNSTER:
Thiemo Kirmse
✉ info@room-with-a-view.net
REDAKTION RATZEBURG:
Jonna Schmidt
✉ jonna.schmidt@posteo.de
REDAKTION SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ ulifrank@unverdient.de
REDAKTION STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
✉ peter.streiff@netz-bund.de
REDAKTION VERDEN:
Uwe Ciesla
✉ kontakt@finkenburg.info
REDAKTION KLAGENFURT:
Hans Wieser
✉ hans.wieser@contraste.org
REDAKTION ÖSTERREICH/ITALIEN:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
✉ brigitte.kratzwald@commons.at

ANZEIGEN
Kai Böhne
✉ anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
✉ abos@contraste.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
✉ layout@contraste.org

TERMINE
Hans Wieser
✉ termine@contraste.org

DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung

Mastodon:
bewegung.social/@contraste

Instagram:
contrastemonatszeitung

ANZEIGEN

Einbürgerungstest

Wer in Deutschland eingebürgert werden will, muss normalerweise einen Einbürgerungstest machen. 33 Fragen zu Politik, Geschichte und Gesellschaft sind zu beantworten. Diese drei Broschüren informieren über Politik Geschichte und Gesellschaft und enthalten alle Fragen mit den vier Antwortmöglichkeiten zum Test. Damit können Kandidat:innen für die Einbürgerung üben – und Deutsche können kontrollieren, ob sie den Pass behalten dürfen.

Einbürgerungstest
Magazin Verlag, 2022, je 48 Seiten
jedes Heft 2 Euro, drei Hefte zus. 5 Euro
online bestellen: www.deutschland-und-die-welt.de

SoZ Sozialistische Zeitung
Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition
In den letzten Ausgaben: Stehen wir vor einem neuen '33? Darüber diskutieren Helmut Dahmer und Daniel Kreutz · Führt Rüstungskeynesianismus aus der Wirtschaftskrise? · Künstliche Intelligenz: der Westen in der Sackgasse · Kriegsvorbereitung an der Heimatfront: Die Geburt des destruktiven Heldencharakters
Probeausgabe kostenlos
Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)
Bestellung an: SoZ · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln
Telefon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko
Café Libertad Kollektiv eG

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft
Diese geistige Militarisierung, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.
Kurt Tucholsky 1927
www.ossietzky.net

Herausgeber
Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.
Redaktion
Dr. Rüdiger Dammann

Jahresabo / Geschenkabo
25 Hefte € 65,-
(Ausland € 94,-)
Halbjahresabo / Geschenkabo
12 Hefte € 35,-
Jahresförderabo € 110,-

Bestellungen an
Ossietzky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3 · 29413 Dähre
ossietzky@interdruck.net
Tel. 039031.950 596

aktions zeitung
für eine Verkehrsindustrie mit Zukunft

Pünktlich zum Antikriegstag die Nr. 3 mit vier Seiten zu: Rüstung frisst zivile Arbeitsplätze; Militarisierung der Infrastruktur; Beispiele von Gegenwehr; Trumps Zollpolitik

Bestellen über kontakt@aktionszeitung.de
https://www.aktionszeitung.de

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an:
koordination@contraste.org